

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Hablan, Magdeburg. Verlag von Hermann Habban, Magdeburg. Druck von Franz Betge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Dr. Königstraße 8, Fernsprecher 1587.

Unnummerierte zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 zgl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. des Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren die in der Beilage Die Neue Welt 15 Pf. Post-Zustellungskarte Nr. 722

Nr. 102.

Magdeburg, Freitag, den 4. Mai 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Steuern, Zölle, Unfallversicherungs-Gesetz.

Berlin, den 3. Mai 1900.

Der Reichstag erledigte in seiner heutigen, gut besuchten Sitzung zunächst die beiden „schleunigen“ Anträge Müller-Fulda und Wasser mann betr. Abänderung des Stempelsteuergesetzes wie des Zolltarifs. Wie bekannt, soll aus der Erhöhung der Stempelabgaben wie der Zölle auf bestimmte Luxuswaren die Deckung der Kosten der Flottenvermehrung beschafft werden; nach parlamentarischem Brauch mußte, ehe die Kommission weiter über diese Steuerpläne beraten kann, vorab eine Besung im Plenum stattfinden. In der richtigen Voraussicht, daß die eigentlichen Auseinandersetzungen in der Kommission und bei der zweiten und dritten Plenarberatung stattfinden werden, begnügten sich die Redner, die beiden Antragsteller an der Spitze, mit meist ziemlich kurzen Erklärungen. Es sprachen dann noch Richter, Bebel, Graf Stolberg, Hahn und Kardorff.

Die ganze Staatsaktion hatte kaum 2 Stunden in Anspruch genommen. Nach ihrer Erledigung wandte sich der Reichstag der zweiten Lesung der Novelle zur Unfallversicherung zu. Schon dieser erste Tag der zweiten Beratung zeigt das Bild, das sich voraussichtlich an den folgenden Tagen wiederholen wird: eine geschlossene bürgerliche Phalanx lehnte alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge ab; auf das Gewicht der Stimmen sich verlassen, glaubten die Redner der Mehrheitsfraktionen ihre Pflicht erfüllt, wenn sie in ein paar Sätzen einige trockene Ablehnungsformeln stammelten. Abgelehnt wurde gleich der Antrag unserer Fraktion zu § 1, obwohl Mollenbühr und Rosenow überzeugend nachwiesen, daß die von uns geforderte Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen nicht minder nötig ist als die ebenfalls von uns verlangte schärfere Definition des Begriffes „Arbeiter“. Abgelehnt wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der das Recht der Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten usw. auf den Bezug einer Unfallrente sicher stellen wollte. Schließlich wurde ebenfalls abgelehnt unser Antrag zu dem wichtigen § 5, welcher lehrer das Entschädigungsprinzip regelt. Unsere Fraktion verlangte, daß der Grundtag des bürgerlichen Gesetzesbuches — voller Schadenersatz — auch auf die Unfälle der Arbeiter angewandt werde. Stadthagen begründete in trefflicher Weise diesen Antrag. Aber die bürgerliche Mehrheit will von der Ausdehnung des allgemein gültigen Rechtsgrundgesetzes auf die Arbeiter nichts wissen; durfte doch Geheimrat Caspar unter ihrem Beifall von einem für die Arbeiter günstigen Ausnahmerechte sprechen, wofür er von Mollenbühr die gebührende Abfertigung empfing.

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Deutscher Reichstag.

184. Sitzung. Mittwoch, den 2. Mai 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratslich: Frhr. v. Thielmann, Leipzig. Zunächst wird ein schleuniger Antrag Werner (Antif.) und Genossen betr. die Entlastung eines gegen den Abg. Bindewald (Antif.) schwebenden Privatklageverfahrens debattelos angenommen. Es folgt die erste Beratung des von dem Abg. Müller-Fulda (Centr.) bei Gelegenheit der Beratung der Flottenvorlage in der Kommission eingebrachten Gesetzesentwurfs betr. Abänderung des Stempelsteuergesetzes. (Danach soll der Steuerfuß auf inländische Aktien von 1 Prozent auf 1½ Prozent, der auf ausländische Aktien von 1½ auf 2 Prozent, der auf ausländische Renten und Schuldverschreibungen von 6 vom Tausend auf 8 vom Tausend erhöht werden. Ferner wird eine Steuer auf Rüge (Anteile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke), Konnossemente (Schiffstrichurkunden), Schiffsfahrtkarten eingeführt und die Steuer auf Lotterielose verdoppelt. Damit verbunden wird die erste Beratung des vom Abg. Wasser mann (natl.) und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs betr. Abänderung des Zolltarifs (Erhöhung des Zolls auf ausländische Schaumweine und Liqueure).

Abg. Müller-Fulda (Centr.): Die Wege, welche die verbündeten Regierungen in der Debatte zum Flottengesetz eingeschlagen haben, erscheinen uns nicht angebracht. Wir schlagen dafür Steuern vor, die entweder Luxussteuern sind, oder aber die Seefahrtsinteressenten treffen, die von der Flotte Vorteile haben. Ich bitte Sie, unsern Antrag anzunehmen.

Abg. Wasser mann (natl.): Unser Antrag soll wie der des Abg. Müller-Fulda zur Deckung der Kosten der Flotte einen Beitrag erzielen, der sich auf einige Millionen belaufen wird. Zu erwägen wäre vielleicht später auch eine Steuer auf inländische Weine, auf ausländische Cigaretten und Zigaretten.

Abg. Richter (fr. Bg.): Nach unserer Ansicht wäre jetzt eine günstige Gelegenheit gewesen, um die längst geplante Finanzreform in Angriff zu nehmen. Unsere Stellung zu den beiden Anträgen halte ich mir für die Kommission vor. Jedenfalls geht mir die Fruchtbarkeit des Herrn Wasser mann in Bezug auf neue Steuerentwürfe zu weit.

Abg. Richter (fr. Bg.): Die Steuerentwürfe, die jetzt gemacht werden, gehen so weit, daß Herr Thielmann mit Recht sagen konnte, seine größte Sorge sei, das viele Geld nun auch unterzubringen. Ich halte es für das richtigste, sich auf eine Vermögenssteuer zu be-

schranken, die jährlich neu festgestellt wird, die also, wenn kein Bedürfnis vorhanden ist, un erhoben bleibt. Daraus würden sich, wenn man nur die Vermögen über 100 000 Mark besteuert, jährlich 33 Millionen ergeben, und wenn sich dann aus der Verdoppelung der Lotteriestempel 20 Millionen ergeben, würde das vollkommen genügen. Der Schatzsekretär meint, 10 Millionen könne man aus den Einnahmen jährlich für die Flotte hergeben. Dann würde also für die Flotte mehr Geld da sein, als wir dazu brauchen. Was die un unterbreiteten Vorschläge anlangt, so werden durch sie leider auch Handel und Verkehr getroffen. Jedenfalls sollten wir diese Steuern, die wir der Regierung förmlich aufdrängen, nicht für dauernd, sondern nur für einige Jahre ihr zur Verfügung stellen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann bemerkt, das einfachste wäre, im Gesetze selbst einen Paragraphen einzufügen, der die Verwendungsort überhörschlicher Gelder vorschreibt.

Abg. Bebel (Soz.): Im § 8 des Flottengesetzes von 1898 ist ausgesprochen, daß, wenn die vorhandenen Einnahmen nicht reichen, die Mehrheit des Reichstages nicht geneigt sein würde, die Mehrkosten durch Besteuerung von Artikeln, die zum Massenverbrauch dienen, aufzubringen. Die Regierung hätte also schon in dem Augenblick, wo sie die Vorlage einbrachte, für die Deckung der Kosten sorgen müssen. Da dies nicht geschah, mußten die Mehrheitsparteien geeignete Wege zur Kostendeckung vorschlagen. Das ist nun geschehen, aber wir haben gar keine Unterlagen für die Berechnungen dieser Steuervorlagen. Es ist auch unmöglich gewesen, in der kurzen Zeit, seitdem diese Vorschläge vorliegen, dazu Stellung zu nehmen. Einige der Steuern rufen gewaltige Bedenken hervor, vor allem die Steuer auf Schiffsfahrtkarten und die Abgaben für Schiffsfahrtarten. Vielleicht äußert sich der Vertreter für Hamburg, wie sich seine Regierung zu dieser Steuer stellt. 1898 war man nicht geneigt, Handel und Verkehr mit neuen indirekten Steuern zu belasten, man dachte an eine direkte Reichsbesteuerung. Aber der Vorschlag auf Einführung einer Reichsbesteuerung ist vollkommen in den Hintergrund getreten. Der einzig richtige und gerechte Weg wäre eine Einkommen- und Vermögenssteuer vereinigt; sie würde die Flotteninteressenten ungleich höher und gerechter besteuern als die vorgeschlagenen Steuern. Die Annahme des Herrn Richter, daß bei Annahme der vorliegenden Anträge das Reichsschatzamt einen Ueberfluß an Mitteln haben wird, ist ungewisshast richtig. Deshalb muß zur Flottenbedeckung ein bestimmter Betrag festgesetzt und der Ueberfluß verwendet werden, um Salzsteuer und Petroleumzölle zu befreieren. Wir sind aber auch gegen die Besteuerung der Lotterie, weil dadurch der Anschein erweckt wird, als sei das Lotteriespiel eine ganz legitime Beschäftigung. Wir haben eine ganz erhebliche Bedenken gegen diese Steuerentwürfe und werden sie auf das entschiedenste bekämpfen. Sie entsprechen auch nicht den Wünschen des Volkes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (konf.): Wir haben ursprünglich auf dem Standpunkte gestanden, daß die Entscheidung über die Flottenvorlage von der Lösung der Deckungsfrage nicht abhängig gemacht werden dürfe. Den heute vorliegenden Anträgen stehen wir im ganzen sympathisch gegenüber. Eine Sacharinsteuer ist in den Anträgen nicht enthalten. Wir werden vielleicht in einer Resolution den Wunsch auf Vorlegung einer solchen Steuer ansprechen. Herr Bebel hat recht, wir sind prinzipielle Gegner jeder direkten Steuer. Denn jede direkte Steuer beschwert den Grundbesitz, und der Grundbesitz kann sich dieser Besteuerung nicht entziehen, wie andere Vermögensarten. Andererseits müßten wir bei Erhebung direkter Reichssteuern stark centralisieren, und das würde nur das Mißtrauen und die Mißgunst der Einzelstaaten wecken.

Abg. Werner (Antif.): Wir haben von vornherein erklärt, daß die Kosten der Flotte die reichen Leute zu tragen haben. Eine stärkere Heranziehung der Börse ist deshalb dringend geboten und wir begrüßen den Antrag Müller-Fulda als einen Schritt nach vorn auf diesem Wege. Der Mittelstand kann jedenfalls größere Lasten nicht tragen.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.): Die heutige Beratung wird wesentlich zur Förderung der Flottenvorlage beitragen, denn solange die Deckungsfrage nicht gelöst ist, kann man sich doch der Befürchtung nicht ganz verschließen, daß unter der Vermehrung der Flotte unter Umständen einmal unsere Macht zu Lande leiden könnte. Im Antrage Müller-Fulda scheint eine Erhöhung der Steuerfüße im Sinne einer stärkeren Belastung der auswärtigen Papiere notwendig. Herr Thielmann hat zwar eine Sacharinsteuer in Aussicht gestellt, aber die Beschlässe des Reichstages wiegen für mich in solchen Fragen schwerer, als solche Versprechungen. Ich bitte die Regierung, im Interesse ihrer eigenen Politik die Erklärung abzugeben, daß sie im Sinne Bismarckscher Heimatspolitik wirken will.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Im Kriegsfall würde uns die Flotte 100 000 Mann ersparen, die wir sonst zum Küstenschutz verwenden müßten. Die Deckungsfrage ist in glücklicher Weise gelöst worden. Die einzigen Bedenken sind die wegen Vermehrung des Arbeitermangels; sie müßten durch vermehrte Zulassung von Ausländern beseitigt werden.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.): Bei der Bewilligung von Ausgaben für die Flotte müssen wir auf die spätere Vermehrung des Heeres Bedacht nehmen. Die Weltmarktpolitik darf nicht auf Kosten der Heimatspolitik getrieben werden. Wir müssen eine Regierung haben, die eine schneidige auswärtige Politik treibt.

Damit schließt die Diskussion. Die beiden Anträge werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei der Budgetkommission überwiesen.

Hierauf beginnt die zweite Beratung des Entwurfs über die Abänderung der Unfallversicherung mit dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz.

§ 1 der Regierungsvorlage lautet:

Alle Arbeiter und Betriebsbeamte, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt zweitausend Mark nicht übersteigt, werden nach Maßgabe dieses Gesetzes gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind:

1. In Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Grubereien (Gruben), auf Werften und Bauhöfen sowie in Fabriken, gewerblichen Brennereien und Hüttenwerken;
2. in Gewerbebetrieben, welche sich auf die Ausführung von Maurer-, Zimmer-, Dachdecker- oder sonstigen durch Beschluß des Bundesrats für versicherungspflichtig erklärten Bauarbeiten erstrecken, sowie im Schmiedehammer-, Fensterputzer- und Fleischer-gewerbe;
3. im gesamten Betriebe der Post-, Telegraphen- und Eisenbahn-verwaltungen sowie in Betrieben der Marine- und Heeres-

4. im gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffahrts-, Fährerei-, Brau- und Fährbetriebe, im Gewerbebetriebe des Schiffsziehens (Treibeis) sowie im Waggerebetriebe;
5. im gewerbsmäßigen Spektions-, Spelcher-, Lagerer- und Kellerebetriebe;
6. im Gewerbebetriebe der Glasperker, Glaserlader, Schaffer, Brander, Wäger, Messer, Schauer und Stauer;
7. in dem mit einem Handelsgewerbe verbundenen Fuhrwerks-, Lagerungs- oder Holzfallungsbetriebe, sofern der Inhaber im Handelsregister eingetragen steht.

Für Betriebe, welche mit besonderer Unfallgefahr für die darin beschäftigten Personen nicht verknüpft sind, kann durch Beschluß des Bundesrats die Versicherungspflicht ausgeschlossen werden.

In diesem § 1 beantragt die Kommission folgende Abänderungen vorzunehmen: Zunächst soll im ersten Absatz statt „2000 Mark nicht übersteigt“ gesagt werden: „3000 Mark nicht übersteigt“. Ferner soll Nr. 7 folgende Fassung bekommen: „in dem mit einem Handelsgewerbe verbundenen Fuhrwerks-, Lagerungs- oder Holzfallungsbetriebe, sofern der Inhaber im Handelsregister eingetragen steht“.

Die Abg. Ulrich und Gen. (Soz.) beantragen folgende W*nderungen:

- a) den Abs. 1 zu fassen wie folgt: „Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder Bestube gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden, werden gegen die Folgen der Unfälle, welche sich ereignen:
 1. bei dem Betriebe oder auf dem Wege von oder nach dem Arbeitsstätte,
 2. bei häuslichen oder anderen Diensten, zu denen sie von ihren Arbeitgebern oder deren Beauftragten herangezogen werden, versichert;
- b) folgenden Absatz hinzuzufügen: „Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes ist derjenige, der vertraglich verpflichtet ist, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeit für ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden; die Lohnform (Geldlohn, Stücklohn, Accordlohn, Werklohn, Geldlohn, Naturalbezüge, freie Wohnung, Kost, Feuerung usw.) ist für den Begriff „Arbeiter“ unerheblich.“

Zu den Arbeitern im Sinne dieses Gesetzes werden auch gerechnet:

1. Lehrlinge,
2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausführung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirtschaft und die Hausgemeinschaft eines anderen übernommen haben,
3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzten mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.

Abg. Mollenbühr (Soz.): durch die Fassung der Vorlage wird ein großer Teil der Arbeiter von der Versicherung nicht getroffen. Dienstboten, Arbeiter, die bei Handwerkern, die in Wirtschaften tätig sind, werden z. B. nicht getroffen. Unser Antrag will, daß sämtliche Arbeiter der Unfallversicherung unterworfen werden und gleichzeitig die sehr nötige Definition des Begriffes „Arbeiter“ in das Gesetz aufgenommen wird. Der Glaube, den Ausländer hegen, daß alle deutschen Arbeiter versichert sind, muß endlich zur Wirklichkeit werden. Die Cigarettenhausarbeiter um ein Beispiel anzuführen, sind nach diesem Gesetz Arbeitgeber, nach dem Invaliditätsgesetz sind sie Arbeiter. Es ist Zeit, daß diese Widersprüche aus der Gesetzgebung ausgeremert werden.

Geheimrat Caspar bittet um Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge. Eine Erweiterung des Kreises der Unfallversicherten sei nötig, aber nicht in dem Umfange, wie ihn der Antrag Ulrich vorschlägt. Nach der Praxis des Reichsversicherungsamtes sei es niemals zweifelhaft, ob jemand als Arbeiter oder Unternehmer betrachtet wird.

Abg. Fischbeck (freis. Bp.): Wir stellen uns auf dem gegebenen Boden der Vorlage, die unsreichtbar eine bedeutende Verbesserung des heutigen Zustandes bringt. Wir werden die Anträge der Sozialdemokraten ablehnen, deren Annahme die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission bedeuten würde. Wie soll denn eigentlich die geforderte Ausdehnung der Versicherung gemacht werden? Wollen Sie vielleicht gar eine Berufsgenossenschaft von Leuten bilden, die sich Hauslehrer halten? Ich bitte um Ablehnung der Anträge Ulrich.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (konf.) bittet gleichfalls um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, dessen Annahme das ganze Gesetz zu Fall bringen würde.

Abg. Rosenow (Soz.): Ich bedaure vor allem, daß die Versicherungspflicht nicht auf das Handelsgewerbe ausgedehnt worden ist. Das ist nur aus der allgemeinen Ablehnung der Regierung gegen durchgreifende sozialreformerische Maßnahmen zu erklären. Es besteht die Ansicht, als ob im Handelsbetriebe die Unfallmöglichkeit nicht in dem Maße besteht wie in anderen Berufen. Tatsache ist aber, daß mit der Vergrößerung der Handelsbetriebe sich auch die Unfälle gesteigert haben. Die Unfälle ereignen sich besonders beim Transport der Waren namentlich infolge der gesteigerten Anwendung des Fahrstuhls. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe ist somit eine sozialpolitische Notwendigkeit. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr Fischbeck muß sich von dem Gedanken befreien, daß die Berufsgenossenschaften die einzig mögliche Form der Organisation sei. Auch vom Reichsamt des Innern ist anerkannt worden, daß eine durchgreifende Unfallversicherung nur gelöst werden könnte im Rahmen von Reichsweigen geschaffenen Reichsversicherungsanstalten. Es kann sich bei der Opposition gegen unseren Antrag lediglich darum handeln, ob die Personen, die wir in den Kreis der Versicherten einbeziehen wollen, die Versicherung nötig haben. Ich habe mich gewundert, daß Herr v. Nitzsch nicht dafür eingetreten ist, die kleinen Handwerker mit in die Versicherung einzubeziehen. Das ist eine alte Forderung der Innungen. Die Herren fürchten aber eine Gefährdung des gegenwärtigen Bestandes der Berufs-genossenschaften. Wir wünschen eine Ausdehnung der Versicherung auf Nachwächter, Krankenwärter, Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr etc. Diese Leute dürfen doch nicht nur deshalb der Versicherungspflicht verlustig gehen, weil für diese Berufe keine Organisationen in Berufs-genossenschaften vorhanden sind. Die Kommission von 1897 ist ja auch viel weiter gegangen. Die Mehrheit der diesmaligen Kommission hat sich aber ganz von den Berufsgenossenschaften leiten lassen. Ich hoffe, der Reichstag wird sich diesmal sein Selbstbestimmungsrecht wahren und sich nicht sein Verhalten vom Mund der Landwirte diktieren lassen.

Der gegen jede Verbesserung des Gesetzes zu Gunsten der Arbeiter ein-
treten wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine merk-
würdige Junktur des Reichsgerichts hat die Kolonnenarbeiter als
keine Untertanen bezeichnet. Ich kann nicht wissen, ob
der Reichstag sich dieser Auffassung anschließt. Wir haben uns be-
müht, eine Definition des Begriffs Arbeiter zu geben. Sollten Ver-
einbarungen getroffen sein, unsere Verbesserungsanträge niederzukommen,
dann braucht sich die Mehrheit nicht zu wundern, wenn das Zustandekommen
des Gesetzes gefährdet wird. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Franken (nl.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen
Antrag.
Damit schließt die Diskussion. § 1 wird in der Kommissions-
fassung unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags an-
genommen; desgleichen §§ 1 a, 1 b, 1 c und 2. Zu § 3, der festsetzt,
daß als Gehalt oder Lohn auch Entlohnungen oder Naturalbezüge gelten
können, beantragte die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) folgende
Änderung: Als Arbeiter bzw. Betriebsbeamte im Sinne des Gesetzes
sind auch Lehrlinge, Volontäre, Praktikanten anzusehen.

Abg. Stadthagen (Soz.) bezieht diesen Antrag mit dem
Hinweis auf die schwandende Junktur des Reichsversicherungsantrags.
Geheimrat Caspar bekämpft den Antrag, der in gewissen Zu-
sammenhänge mit den bereits abgelehnten Anträgen zu § 1 siehe und
mit dem Standpunkt der Mehrheit der Kommission unvereinbar ist.
Die Junktur des Reichsversicherungsantrags sei nicht schwandend.
Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und § 3 un-
verändert angenommen.

§ 3 handelt vom Gegenstande der Versicherung und dem Um-
fange der Entscheidung:
Gegenstand der Versicherung ist der nach Maßgabe der nach-
folgenden Bestimmungen zu bemessende Ersatz des Schadens, welcher
durch Körperverletzung oder Tötung entsteht.

Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht ein Anspruch
nicht zu, wenn er den Unfall vorläufig herbeigeführt hat. Der An-
spruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte
den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil fest-
gestellten Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen hat.
In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Verletzte im
Inlande wohnende Angehörige hat, welche im Falle seines Todes
Anspruch auf Rente haben würden, ganz oder teilweise den Ange-
hörigen überwiesen werden.

Die Ablehnung kann, auch ohne daß die vorgesehene Feststellung
durch strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, erfolgen, falls diese
Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betroffenen
oder aus einem andern in seiner Person liegenden Grunde nicht er-
folgen kann.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) Abf. 1
zu fassen wie folgt:

„Gegenstand der Versicherung ist der Schaden, welcher durch
den Betriebsunfall entsteht. Die Höhe des Schadens ist nach den
Vorschriften der §§ 249, 252, 242 bis 245, 247 des Bürgerlichen
Gesetzbuches festzusetzen.“

Ferner beantragen sie im Absatz 2 nur den ersten Satz stehen zu
lassen und Absatz 3 ganz zu streichen.

Abg. Stadthagen (Soz.) bezeichnet den Paragraphen als den
wichtigsten des ganzen Gesetzes. Der Paragraph statuiert ein An-
spruchsrecht für den Arbeiter. Während nach den Vorschriften des
Bürgerlichen Gesetzbuches jeder andere seinen Schaden voll ersetzt be-
kommt, erhält der Arbeiter im günstigsten Falle eine Rente von noch
nicht zwei Dritteln des wirklichen Schadens.

Abg. Nat Caspar bittet, die sozialdemokratischen Anträge ab-
zulehnen. Die Schadensersatzpflicht des Unternehmers geht weiter als
die des Bürgerl. Gesetzbuches, denn er muß auch zahlen bei Unfällen,
die auf eigenes Verschulden des Arbeiters zurückzuführen sind. Diese
Unfälle betragen 30 Prozent aller Unfälle.

Abg. Mollenkott (Soz.) wo absichtlich ein Unfall herbei-
geführt wird, wird keine Rente bezahlt, sondern nur da, wo Unfälle,
obwohl gesprochen, hätten vermeiden werden können. Die meisten Un-
fälle, wo ein Verschulden des Arbeiters festgestellt wird, sind auf Ueber-
anstrengung wegen zu langer Arbeitszeit zurückzuführen. Von einem
Anspruchsrecht zu Gunsten der Arbeiter kann also wirklich keine Rede
sein. Es sind oft Fälle vorgekommen, wo den Arbeitern Renten ent-
zogen worden sind, die eigentlich nach Recht und Menschlichkeit hätten
bezahlt werden müssen.

Darauf werden die Anträge Albrecht u. Gen. (Soz.) gegen
die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. § 5 wird in der Kom-
missionsfassung unverändert angenommen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr verlag.
Schluß 6 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

In preussischen Abgeordnetenhaus ist jetzt großes Auf-
räumen. Mittwoch wurden zunächst kleinere rüdfständige Vorlagen von
untergeordnetem Interesse und dann zwei Anträge aus dem Hause, die
sich auf Veränderung des Rentengütergesetzes beziehen, erledigt. Ein
Antrag war von Grafen Ka n i g gestellt, er bezweckte, daß die Bildung
von Rentengütern nicht wie bisher von der Generalkommission, sondern von
den den Punkten besser passenden unteren Verwaltungsorganen abhängig
sein soll. Der Antrag wurde in erster Lesung von der Regierung be-
kämpft, deshalb einigte sich die Mehrheit des Sauparlaments in
zweiter Lesung darauf, daß der Antrag nicht angenommen, sondern
nur der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen würde. Auch gegen
diese Form hatte sich der Landwirtschaftsminister ausgesprochen, aber
man frönderte wieder einmal gegen Herrn von Hammerstein. Schließlich
wurde noch das Romunal-Bahlgeseh nach den Wünschen
der vereinigten Konservativen und Liberalen verabschiedet. Ein Antrag
v. K ö l l e r, der sich eng an den in zweiter Lesung von dem Abg.
v. J e d i t z gestellten Antrag anschloß, bildete die Basis der Ver-
ständigung. Es bleibt bei der Drittelung und der Berechnung des
Durchschnitts der Steuersumme. Wer über den Durchschnitt Steuern
zahlt, kommt in die erste und zweite Klasse, wer weniger zahlt, in die
dritte. Bei der Durchschnittsberechnung aber, und das ist das Neue,
bleiben nicht nur die Dreimaränner, sondern jetzt auch die Sechsmar-
märänner außer Anschlag. Das war der Stein der Weisen,
nach dessen Aufwindung sich auch die Regierung für zufrieden-
gestellt erklärte. Daneben darf auch durch Drückstatut die
Zwölftelung in Anwendung kommen. In Zwölftel der Steuersumme
bilden die erste Klasse, die weitere vier Zwölftel die zweite und die
übrig bleibenden drei Zwölftel die dritte. Die Einführung, Ab-
änderung oder Aufhebung der Drückstatute kann nur mit Zweidrittel-
mehrheit beschlossen werden. Aber während die Kommission noch eine
wirkliche Zweidrittelmehrheit beschlossen hatte, wurde jetzt noch ein
Verdicklungsantrag angenommen, wonach nur eine Zweidrittel-
mehrheit der Abstimmenden erforderlich zu sein braucht. Das öffnet
natürlich Ueberumpelungen Thür und Thor. Die Vorlage wurde
gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Polen und einiger Frei-
sinnigen angenommen. Daß für diese Spottgeburt einer Wahlreform
ein Teil der Freisinnigen stimmen konnte, ist für die Wahlrechtsgrund-
sätze dieser Partei besonders charakteristisch. Donnerstag stehen noch
ein paar rüdfständige Anträge auf der Tagesordnung, dann wird eine
längere Pause in den Verhandlungen des Landtags eintreten.

Aus dem Königreich Stumm.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat in
einem Bericht, der nicht weniger als 92 Quartseiten umfaßt,
beantragt, die Wahl des Freiherrn von Stumm zu bean-
standen. Der Gewählte erzielte im ersten Wahlgange von
27 804 nur 12 493 Stimmen und siegte dann in der Stich-
wahl gegen die Centrumspartei mit 18 896 Stimmen gegen
13 432. Der hauptsächlichste Wahlprotest ist unterzeichnet von
dem Dechanten und Vorsitzenden des Wahlkomitees in
St. Wendel. Es wird, so teilt die Freisinnige Zeitung mit,
in der Einleitung des Protestes aufgelegt darüber, daß auch
diesmal das Menschenmögliche angeboten sei, um mit Hoch-

druck die Wahl des Freiherrn von Stumm herbeizuführen.
Dieser Hochdruck auf lauter abhängige Ar-
beiter und Beamte, die sich selbst nicht schützen
können, weil sie sonst der Gefahr sich aussetzen, sich und
ihre Familien brotlos zu machen, oder die
wenigstens eine nicht zu leugnende große Furcht vor dieser
Gefahr haben, ging diesmal von zwei Stellen aus: von
dem Hüttenwerk zu Neunkirchen, dessen Besitzer und Chef
Freiherr von Stumm ist und in welchem Tausende
von Arbeitern beschäftigt werden, und zweitens von dem
königlichen Grubenteinspektor Lohmann. Es wird behauptet,
daß zum Dank für diese Wahlbeeinflussung der Bergarbeiter
Freiherr v. Stumm die spätere Wahl Lohmanns ins Ab-
geordnetenhaus bewirkt habe. Ueber eine große Zahl von
einzelnen Vorgängen wird berichtet, von der Beeinflussung
der Arbeiter bis unmittelbar zur Stimmabgabe im Wahl-
lokal. Auch das Geheimnis der Wahl soll verletzt sein.
Die Berginspektion soll Bergleute wegen ihres bei der Haupt-
wahl beobachteten politischen Verhaltens vor der Stichwahl
öffentlich zur Verantwortung gezogen werden. In sämtlichen
Wahllokalen Neunkirchens waren die Wahlvorsteher
Anhänger der Stummschen Partei, Berg- und
Hüttenbeamte, an und in den Wahllokalen standen noch
viele Aufseher der Hütte, so daß kein Wähler sich getraute,
einen andern als den Stummschen Zettel abzugeben, da alle
von den Umstehenden gekannt und genau beobachtet wurden.
Der Antrag der Wahlprüfungs-Kommission ist gerichtet auf
eine Reihe von eidlichen und uneidlichen Erhebungen über
viele der behaupteten Vorgänge.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Das Kompromiß in der Fleischbeschaufrage.

Die Schlesiische Zeitung veröffentlicht den Wortlaut des
Kompromisses, der zwischen den Agrariern und der Regierung
in Bezug auf den § 14a des Fleischgesetzes beschlossen
worden ist. Danach wird das sofort in Kraft tretende Ein-
fuhrverbot beschränkt „auf Fleisch in luftdicht verschlossenen
Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, auf Würste oder sonstiges
Gemenge aus zerkleinertem Fleisch.“ Eingepökeltes Fleisch
ist also nicht in das Einfuhrverbot einbegriffen. Während
die Beschlüsse zweiter Lesung für die Zeit nach dem 31.
Dezember 1903 die Einfuhr von frischem Fleisch und von
zubereitetem Fleisch mit Ausnahme von Schmalz, Speck,
reiner Oleomargarine und Därmen verbieten, sollen die bis
zum 31. Dezember 1903 geltenden Bestimmungen auch
nachher fortdauern, wenn die in Aussicht genommenen Neu-
regelungen der Bedingungen für die Einfuhr von Fleisch
nicht zustande kommen. Andererseits aber werden die Be-
stimmungen über die Einfuhr von zubereitetem Fleisch ins-
fern verschärft, als die Feststellung der Unschädlichkeit als
„unausführbar“ erklärt wird insbesondere bei Sendungen
von Büffel Fleisch, sofern das Gewicht einiger Stücke weniger
als 4 Kilo beträgt. Die Schlesiische Zeitung triumphiert
über diese Kapitulation der Regierung vor den Agrariern,
indem sie schreibt, die Fassung der Beschlüsse zweiter Lesung
sei wesentlich verbessert. „Ist auch das Büffel Fleisch an sich
nicht verboten, so unterliegt es doch und mit ihm
alles zubereitete Fleisch einer ganz außerordentlichen Ver-
schränkung, die vorher für das letztere nicht vorhanden war.“
Im Vergleich zu dem geltenden Rechtszustand schreibt die
Schlesiische Zeitung weiter triumphierend: „Einfuhrverbote
gibt es jetzt nicht. In Zukunft ist Fleisch in luftdicht ver-
schlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, Würstwaren und
sonstiges Gemenge aus zerkleinertem Fleisch verboten. Die
Einfuhr von Fleisch konnte bisher überall und nahezu un-
untersucht erfolgen. In Zukunft ist diese Einfuhr nur an
bestimmten Zollämtern unter Kontrolle beamteter Tierärzte
gestattet. Frisches Fleisch, welches bisher in jeder Gestalt
eingeführt werden durfte, ist durch die neuen Bestimmungen
wesentlich belastet. Zubereitetes Fleisch, welches jetzt von
jeder wirklichen Kontrolle befreit ist, unterliegt wesentlichen
Erschwernungen. Dabei ist eine Belastung der Landwirtschaft
nach Aenderung der Bestimmung in § 2 (Hauschlachtung)
nahezu ausgeschlossen; während zu beschränken stand, daß
— falls das Gesetz nicht zustande käme — zweimalige
Untersuchungen auch bei Hauschlachtungen jeder Zeit durch
landespolizeiliche Verfügung eingeführt werden könnten.“
Die Deutsche Tageszeitung ist durch die Veröffentlichung des
Kompromisses einigermaßen überrascht, weil sie von kon-
servativer Seite nicht gewünscht worden ist. Das Organ
des Bundes der Landwirte sucht die Thatsache, daß es mit
der Parole „alles oder nichts“ auch im Bund der Landwirte
isoliert geblieben ist, zu verdecken durch die Erklärung: „Wie
sich der „Bund der Landwirte“ und die Mehrheit der kon-
servativen Fraktion zu den neuen Kompromißvorschlägen
stellen werden, ist uns unbekannt.“ Persönlich trage die
Redaktion Bedenken, auf den Boden des Kompromisses zu
treten. Die National-Zeitung schreibt zu dem Kompromiß:
„Läßt die Regierung sich auf dieses Kompromiß, zu dem sie
nichts nötigen kann, ein, so übernimmt sie die Verantwortung
für alle Folgen in Bezug auf die Fleischversorgung des In-
landes und auf die handelspolitischen Beziehungen. . . .
Die Regierung würde geradezu eine neue agrarische Agitation
herausfordern und für sie die Waffen selbst liefern.“ Dem
kann man vollkommen zustimmen: Die Regierung hat
nur für eine kurze Weile einen Scheinfrieden, die
Agrarier aber prächtigen Stoff zur Agitation, um 1904
alles zu erreichen, was jetzt noch nicht möglich war.

Zur lex Heinze hat die zweite badische Kammer am
Mittwoch einen Antrag Wüser, im Falle der Annahme der
§§ 184 a und b der „lex Heinze“ im Reichstage den badi-
schen Bundesratsbevollmächtigten die Weisung zu erteilen,
gegen die Paragraphen zu stimmen, mit 28 gegen 18 Stimmen
angenommen. — Zu den Aeußerungen Wilhelms II. gegen-
über dem Reichskanzler über die lex Heinze wird der Bossi-
schen Zeitung aus zuverlässiger Quelle ein Seitenstück ver-
bürgt, das sich in der württembergischen Residenz zurig. Als
der Intendant des Stuttgarter Hoftheaters Herr v. Puttitz

vor einigen Wochen eingeladen wurde, sich an der von Mün-
lern, Gelehrten und Schriftstellern zu veranstaltenden öffen-
lichen Kundgebung gegen die lex Heinze zu beteiligen, hie-
er es für angebracht, die Ansicht des Königs von Württem-
berg zu erfahren. Seine Aeußerung fand so günstige Aufnahme,
daß er den König direkt fragte, ob keine Bedenken beständen,
daß der Intendant selbst öffentlich gegen das Gesetz auftrat.
Der König antwortete kurz und bündig: „Treten Sie ab-
nur fest auf!“ Das Auftreten des Herrn v. Puttitz in der
öffentlichen Versammlung kurz darauf ließ denn auch a
Festigkeit nichts zu wünschen übrig.

Das Ergebnis der Veranlagung zur Einkommen-
steuer für das Jahr 1900 liegt jetzt vor. Danach beweg-
sich das Veranlagungs-Soll dieser Steuer noch in demselben
Maße aufwärts wie in den letzten Jahren. Man kann
daher mit Sicherheit darauf rechnen, daß der Staatsan-
theil der Einkommensteuer für das laufende Finanzjahr mindestens
erreicht werden wird, obwohl er um volle 14 Millionen
Mark oder nahezu 10 Prozent höher bemessen ist, als be-
des Vorjahres. An eine Ermäßigung des Steuerfußes ab-
denkt kein Mensch! —

An Professor Lippé ist aus der Münchener Stu-
dentenschaft folgende, die Absender wie den Empfänger gleich-
ehrende Adresse abgegeben worden: „Mit Unwillen und
Schmerz haben wir in den letzten Wochen gesehen, welchen
Wißbeutungen Ihre Gesinnung, welchen Angriffen Sie stand-
halten mußten. Unserer Pflicht als akademischer Bürger
eingedenk, ergreifen wir die Gelegenheit, einem menschlich wi-
wissenschaftlich gleich hervorragenden Lehrer unsere innigsten
Sympathien kundzugeben. Sie haben in einer Zeit der Ge-
fährdung freier Kunst und Wissenschaft von dem Rechte
Gebrauch gemacht, Kritik zu üben, haben als Philosoph die
sittliche Verpflichtung erkannt, die gewonnene Ueberzeugung
auch rückhaltlos zu bekennen. Und sollte Ihre Stellung als
akademischer Lehrer Ihnen dieses Recht freier Meinungs-
äußerung rauben? Zu dem Inhalt Ihrer angefeindeten
Aeußerung wollen wir keine Stellung nehmen. Jede poli-
tische Kundgebung liegt uns fern. Eines aber müssen wir
unserem festen Vertrauen Ausdruck verleihen, daß Ihre
Aeußerungen nur dem wärmsten sittlichen Interesse an der
Gesundheit und Tüchtigkeit des deutschen Volkes, keineswegs
der Absicht zu beleidigen entspringen sind. Wir müssen
zeigen, daß wir mit Ihnen einig sind, in dem hohen sitti-
lichen Idealismus, der aus ihnen spricht, daß wir alle einig
sind in der Bewunderung unerlöschlicher Ueberzeugungstreue!“ —

Die Maifeier

Ist in diesem Jahre in vollster Ordnung verlaufen unter
stärkerer Beteiligung als in früheren Jahren. Der Verlauf
war in Deutschland überall ein guter — massenhafter Besuch
der Versammlungen und Festvergünigungen, hier und da, wo
die Behörden sich liberal zeigten, großartige Umzüge und
Volksfeste in der ergünenden Natur. Das Wetter war
durchweg günstig, nur hier und da noch etwas zu rauh zum
Aufenthalt im Freien. Wie in Bezug auf die Zahl der
Festteilnehmer, so ist auch in Bezug auf die Zahl derer, die
den Tag durch Arbeitsruhe feierten, entschieden ein
Fortschritt zu verzeichnen; es erklärt sich dies teils aus der
günstigen Geschäftslage, die dem Arbeitgeber Konflikte mit
den Arbeitern unvorteilhaft erscheinen läßt, teils aus dem
Umsichgreifen politischer Bildung unter den Arbeitgebern,
von denen viele doch einzusehen beginnen, daß es ein Un-
recht und eine Noheit ist, den Arbeiter an der Feier
eines ihm teuren Festes hindern zu wollen. Von Störungen
durch die Polizei verlautet bis jetzt nichts, von Maß-
regelungen durch Arbeitgeber nur wenig. Wir werden in
der Beilage unserer nächsten Nummer einen Ueberblick über
den Verlauf der Maifeier in ganz Deutschland bringen.

Nachrichten aus dem Auslande.

In der Türkei hat der zum Generalgouverneur von
Tripolis ernannte Staatsrat Ismael Kemal Bey sich auf das
in Konstantinopel stationierte englische Kriegsschiff geflüchtet
und unter englischen Schutz gestellt, da er fürchten zu müssen
glaubt, daß seine Ernennung zum Generalgouverneur in
Tripolis nur der Vorwand sei, um ihn verschwinden zu
lassen. Vom Bord des englischen Kriegsschiffes sandte er
dem Sultan seine Demission als Generalgouverneur und
erbat sich die Erlaubnis, unter sicherem Schutze nach Europa
reisen zu dürfen. Der Sultan verlangte noch in der Nacht
zunächst vom englischen Botschafter, dann vom Kommandanten
des englischen Kriegsschiffes vergeblich die Auslieferung Kemal-
Schließlich nahm der Sultan die Demission Ismael Kemal
Bey an und gab ihm die Erlaubnis, sich dahin zu begeben,
wo er hin will. Der Flüchtling hat jedoch das englische
Kriegsschiff noch nicht verlassen und er wird voraussichtlich
unter diesem sicheren Schutze bleiben, bis er das Ausland
erreicht.

Die aufsehenerregende Rede des amerikanischen Kriegs-
Staatssekretärs wird noch anders gedeutet, als die Bossin
zuerst meldete. Die New-York Times erklärt, des Kriegs-
sekretärs Rood Rede sei auf den Versuch Deutschlands,
Dänisch-Westindien gegen einen Teil Schleswig-Holsteins ein-
zutauschen, gemünzt. Diese Transaktion werde abgeschlossen,
falls America nicht vor dem 1. Juni selbst die Inseln kauft.
Der amtliche Bericht des dänischen Unterhändlers Christian
Holmsfeld liefert angeblich die Beweise hierfür. Andere ameri-
kanische Blätter bestreiten auch diese Version. Vielleicht wird
man einer offiziellen Aufklärung gewürdigt.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Vertreibung der Buren aus ihren starken Stellungen
bei Thabanchu ist den Generalen des Lord Roberts nach den
bisher vorliegenden Nachrichten nicht gelungen. Verstärkungen
über Verstärkungen sind nach Thabanchu vorgeschoben worden;
trotzdem haben die britischen Truppen dort so wenig Gelände
gewinnen können, daß Burenabteilungen ein dicht bei Thabanchu

gelegenes Britenlager so wirksam beschließen konnten, daß es an einen sicheren Platz", d. h. wohl weiter rückwärts, verlegt werden mußte. Es hat fast den Anschein, als ob Lord Roberts für die Deckung seines gefährdeten Flügels mit dem größten Teil seiner um Bloemfontein konzentrierten Hauptmacht eintreten mußte. Damit würde der geplante Vormarsch auf Kroonstad längs der nordwärts nach Transvaal führenden Bahnlinie allerdings in unbestimmte Ferne gerückt sein. Ob aber ein Vorstoß auf Winburg östlich des Schienenweges, der sich über unwegsames und bergiges Gelände vollziehen mußte, mehr Aussicht auf Erfolg hat, muß sorgfältig bezweifelt werden. Für heute liegen Nachrichten, die zur Klärung der militärischen Lage beitragen könnten nicht vor.

Bezüglich der Mission der außerordentlichen Buren-Gesandtschaft verlautet, wie der Allgemeinen Zeitung aus Brüssel gemeldet wird, daß Staatsrat Fischer, falls die Washingtoner Reise fehlschlägt, den Regierungen der Transvaal-Republik und des Orange-Staates bringend den Friedensschluß anraten werde, da im Falle Nichtintervention der Großmächte ein weiterer Widerstand erfolglos sei. Diese Vermutung steht in schroffem Widerspruch zu den Mailänder Erklärungen des Herrn Fischer, wonach die Buren gar nicht daran denken, sich den Engländern zu unterwerfen. Sie haben das nicht nötig. Sehr geheimnisvoll klingt eine andere Mitteilung, die von Brüssel aus telegraphiert wird. Sie lautet: In hiesigen Burenkreisen gewinnt der Glaube, daß in der südafrikanischen Frage eine überraschende Wendung im Sinne eines raschen Friedensschlusses bevorsteht, an Festigkeit. Die Brüsseler Meldungen haben sich sehr oft als unglauwbüchig erwiesen.

Die portugiesische Deputiertenkammer hat Mittwoch der Welt ein tägliches Schauspiel geboten. Der Abgeordnete Costa wünschte die Regierung über die den Engländern erteilte Ermächtigung, Truppen durch portugiesisches Gebiet nach Rhodesien zu führen, zu interpellieren, aber fast einstimmig hat die Kammer den dahin zielenden Antrag abgelehnt. Könnte die portugiesische Regierung ihr Verhalten in dieser Angelegenheit rechtfertigen, so hätte sie die ihr von Costa gebotene Gelegenheit dazu gern ergriffen. Ihr Schweigen und die Vermutung auf ihren Wunsch erfolgte Verhinderung der Erörterung ihres Verhaltens sind aber eine neue Bestätigung dafür, daß sie mit der Erlaubnis, englische Truppen von Beira nach Rhodesien zu führen, einen Neutralitätsbruch verübt hat und sie selbst sich dessen bewußt ist.

Nachrichten aus Magdeburg.

Wegen Teilnahme an der Malfeler wurden die Fabrikanten der Firma Hoyerth, Inh. Hermann Brunneke, Neulandt, mit ihren Hilfsarbeitern auf zwei Tage ausgesperrt. Ueber den Umfang der Aussperrung im Baugewerbe liegen bisher noch keine Nachrichten vor.

Sächsisch-thüringischer Reiterverein, so betitelt sich ein Verein, der die „Hebung der Pferdezeit“ dadurch erstrebt, daß er jährlich in den Herrentugewiesen ein Wettsreiten veranstaltet. Das hiesige Reiterwesen ist „besten“ Preise unserer Stadt, die reichlich mit Waldgütern gesegnet sind, angehängt, versteht sich; schon aus dem Grunde, weil der Pferdesport der „Vornehmste“ aber auch der kostspieligste Sport ist. Diese Herren halten es nun vereinbar mit ihrer „Vornehmheit“, sich alljährlich aus den Steuermitteln der Stadt eine Unterabteilung von der alljährlich für solche Zwecke bewilligungslustigen Stadtverordnetenmehrheit bewilligen zu lassen. Damit aber noch nicht genug. Im Frühjahr ist die Tribüne auf dem Rennplatz abgetragen, die Folge davon ist, daß man den Magistrat um einen Beitrag zu den Kosten des Neubaus ersucht. Dieser hat das zwar abgelehnt, beantragt aber, den Pachtzins für die städtischen Wiesen, auf welchen das Rennen stattfindet, um 2000 Mark zu ermäßigen, weil der Magistrat Wert darauf legt, daß der Stadt als Provinzialhauptstadt die alljährlichen vom Vereine hier veranstalteten Rennen erhalten bleiben. Deshalb müssen also die Steuerzahler wieder bluten. Die Allgemeinheit hätte auch nicht den geringsten Nachteil davon, wenn diese Wettsreiter aufhörten. Dieser ganze Rennsport, der sich unter dem hochtadelnden Namen: „Hebung der Pferdezeit“ verbirgt, ist doch nichts anderes als ein Vorwand, um dem Spiele fröhden zu können. Zur Unterstützung solcher Zwecke ist daher das Geld der Steuerzahler nicht zu verwenden. Weiter: In früheren Jahren wurde die Unterstützung an den Reiterverein stets als besondere Vorlage vom Magistrat eingebracht. In diesem Jahre wurde die Summe gleich in den Etat eingestellt, weil man die alljährlich wiederkehrenden Debatten über die Angelegenheit vermeiden wollte. Als die sozialdemokratischen Stadtverordneten sich gegen die Forderung wandten, wurde ihnen erwidert, ohne Unterstützung würde der Verein auf die Rennen verzichten oder die Miete nicht mehr zahlen. Das war im Januar, bei der Stadtverordnetenversammlung. Im Mai aber geht den Stadtverordneten eine Vorlage zu, in welcher sie als zweite außerordentliche Unterstützung dem Reiterverein eine Pachtminderung von 2000 Mark bewilligen sollen. Unsere Genossen im Stadtparlamente werden diese eigenartige Praxis schon gebührend beleuchten.

Die ersten Harzsonderzüge verkehren in diesem Jahre erst vom Himmelfahrtstage (24. Mai) ab. Sie sind in diesem Jahre erweitert worden, indem von Jfenburg-Wernigerode noch ein zweiter Zug des Abends zurückkehren wird. Dadurch wird es wohl möglich werden, den starken Verkehr, den die Brockenbahn mit sich bringen wird, zu bewältigen: Der frühere eine Zug fuhr von Jfenburg um 7,50 Uhr, von Wernigerode um 8,12 Uhr ab. In diesem Jahre werden die beiden Züge abfahren von Jfenburg um 8 Uhr 55 Min. und um 8 Uhr 30 Min., von Wernigerode um 7 Uhr 17 Min. und um 9 Uhr 12 Min. Von Thale fahren wie im vorigen Jahre zwei Züge zurück um 7 Uhr 30 Min. und 7 Uhr 50 Min. Der Zug aus Blankenburg fährt statt 8 Uhr 7 Min. in diesem Jahre um 7 Uhr 25 Min. ab.

Wadebilletts zur Volksbadeanstalt in der Röttgestraße sind in der Badeanstalt selbst nicht zu haben, sondern müssen in dem halben Dutzend Verkaufsstellen in der Stadt gekauft werden. Das ist offenbar ein Mißstand, der zu mancherlei Klagen Veranlassung giebt und schon mehrfach Einwendungen an uns zur Folge hatte. Die Bestimmung ist nicht genügend bekannt, die Leute kommen zum Baden um dann zu erfahren, daß in der Anstalt keine Billets zu haben sind. Deshalb diese Einrichtung geschaffen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, wir meinen, es wäre aber sehr leicht möglich, vielleicht durch Aufstellung eines Automaten, wenn keine Verkaufsstelle in der Anstalt errichtet werden soll, dem Mißstand abzuhelfen.

Der Nachtverkehr bei Fernsprechvermittlungsaufstellen soll demnächst in Magdeburg zur Einführung gelangen. Es sollen nicht nur einzelne Ferngespräche zugelassen werden, man beabsichtigt, die Leitungen auch stundenweise an Interessenten zu vermieten.

Vom Grusonwerk. Wie bitter es sich rächt, wenn man eingearbeitete Leute lieber entläßt, als daß man ihnen den geringen Lohn um eine Kleinigkeit aufbessert, zeigt folgender Fall. In der neuen Montage waren die Führer der elektrischen Krähne schon wiederholt um eine geringe Erhöhung ihres 3 Mark betragenden Lohnes vorstellig geworden. Doch wie vorher, wurden sie auch dieses mal

wieder abgewiesen. Infolgedessen verließen drei von den vier Krähnenführern die Fabrik. An ihre Stelle traten drei Hilfsarbeiter. Diese waren vollständig ungebildet und einer derselben verursachte einen Kurzschluß, wodurch der Anker vollständig verbrannte. Der Elektromotor hat 22 Pferdekraft. Die Erneuerung des Ankers und die nebenlaufenden Reparaturen verursachen einen Kostenaufwand, womit man nicht nur diese vier, sondern eine ganze Reihe anderer Arbeiter besser entlohnen konnte.

Im Walthalla-Theater finden während des Monats Mai die Gastspiele des Burlesken-Ensembles Leonhardy, Havel und Kutz. Zur Aufführung gelangten bisher „Der Lumpenball“ und „Das Probett“, und beide höchst wirkungsvolle Burlesken errangen durchschlagenden Erfolg. Das Publikum amüsiert sich allabendlich in bester Weise und lacht und lacht und lacht. Wer ein Freund gefundener und höchst pointierter Humors ist, wird jetzt sicher seine Rechnung finden.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Milchwagen aus Jyteleben und einem Motorwagen der Straßenbahn ereignete sich am Donnerstag früh in der Wilhelmstraße beim Feuerwehrdepot. Der Milchwagen kippte um, wobei sich ca. 100 Liter Milch auf die Straße ergossen, außerdem wurden die Speichen eines Rades zerbrochen. Der Motorwagen kam mit einer geringfügigen Verletzung an der Sanddröhre davon, außerdem wurde der Vorderperron eingedrückt.

Ueberfahren wurde am Mittwoch nachmittag an der Petersstraße- und Jakobstraße durch eine Droschke eine Frau. Beide Weine wurden hierbei verletzt, so daß die Frau per Droschke entfernt werden mußte. Am Dienstag gerieten zwei Männer am Ulrichsthor unter einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Sie versuchten noch kurz vor dem Herannahen des elektrischen Wagens über die Straße zu kommen, wurden aber von dem Wagen erfaßt und zu Boden geworfen, sind jedoch anscheinend ohne wesentliche Verletzungen davon gekommen. Der Wagen hielt sofort und die beiden Männer brachten sich schnellstens wieder auf die Fahre.

Am Mittwoch abend 6 Uhr karambolierte ein Motorwagen der Straßenbahn mit einem aus der Westendstraße in der Sudenburg kommenden Fuhrwerke. Während letzteres glimpflich davon kam wurde der Vorderperron des Motorwagens vollständig demoliert. Derselbe mußte durch einen dahinter kommenden Wagen bis zum Depot geschoben und außer Betrieb gesetzt werden. Verletzungen an Personen kamen nicht vor.

Eine Gasexplosion ereignete sich am Mittwoch morgen auf dem Grundstücke des Fuhrherrn Rudolph in der Friedrücksstraße, bei der der Klempner Paul R. und der Lehrling Franz A. Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten, so daß sie mittelst Droschke nach der Altstädtschen Krankenanstalt gebracht werden mußten. Die Gasexplosion entstand dadurch, daß der Klempner R. bei dem Ausschließen einer Leitung mit einem Bichte einer schadhafte Stelle eines Gasrohrs zu nahe kam.

Provinz und Umgegend.

Ein unheimlicher Gast. In den verschiedensten Gegenden unserer Provinz treten die schwarzen Pocken auf. So werden uns heute, außer den bereits gemeldeten Fällen in Wanzleben und Schleibitz, noch folgende Fälle bekannt: In Duedlinburg starb ein Kind, zwei Bürgerfrauen liegen noch darnieder. In Eisleben starb ein russischer Arbeiter, der aus Erdborn, an den schwarzen Pocken erkrankt, eingeliefert wurde. In Grefzen (Sondershausen) liegen drei Arbeiterinnen daran nieder. Die Erkrankungen kommen beinahe regelmäßig bei eingewanderten russischen Sachverständigen vor. Sie sollten der Regierung eine ernste Mahnung sein, diese Arbeiter genau zu untersuchen und zu überwachen, damit nicht die „Müchicht auf die Mollage der Landwirtschaft“ in unserer Provinz, im Herzen Deutschlands, eine Pockenepidemie zur Folge hat.

Roedhausen. (Von der Sekundarbahn.) Ein ganz eigenartiges Bahnidyl zu beobachten hatte man neulich auf unserer Harzquerbahn Gelegenheit. Der Zug 2 Uhr 40 Minuten nach Neustadt war eben aus dem Bahnhof herausgefahren, als die Maschine kurz nach dem Uebergang über die Wehrstrasse plötzlich anfangen zu läuten, zu pfeifen und schließlich Dampf abzulassen, alles ohne ersichtlichen Grund. Endlich wurde der Zug zum Stehen gebracht, der Heizer stieg von der Lokomotive und die in Todesangst aus den Fenstern schauenden Passagiere konnten sehen, wie er — einen großen bössartigen Italienerhahn freundlich zur Freigabe des Geistes, das derselbe harmlos befehlte hielt, zu bewegen suchte. Dies gelang ihm auch schließlich und der Zug brauste mit seinen jetzt wieder vergnügten Gesichtern machenden Passagieren nach Ilfeld weiter.

Scherke. (Postagentur auf dem Brocken.) Seit dem 1. Mai ist die Postagentur auf dem Brocken wieder eröffnet.

Die Malfeler.

Die Diesdorfer Arbeiterschaft beging ihre diesjährige Malfeler in würdevoller Weise am Orte. In aller Frühe hatte die organisierte Arbeiterschaft, welche die Arbeit ruhen ließ, sich mit Wein und Bier in Hildebrandtschen Lokale beim Glase Bier und Gesang erheitert. Der Athletenklub und der Gesangsverein trugen zur Verschönerung des Festes bei. Abends tagte eine stark besuchte Versammlung, in welcher der Kandidat des Kreises, Genosse Gerlach, referierte. 400 Personen nahmen an der Versammlung teil und spendeten den Ausführungen des Redners lebhaften Beifall.

Niederndobeleben. 70 Personen feierten durch Arbeitsruhe. In der Abendversammlung waren 250 Personen erschienen. Referent: Fabian Magdeburg.

Wolmirstedt. In der Vormittagsversammlung, in welcher Genosse Timme über die Bedeutung des 1. Mai sprach, waren aus allen umliegenden Dörfern Genossen erschienen. An dem darauf stattfindenden Auszuge beteiligten sich ungefähr 90 Personen sowie mehrere Frauen. Ebenso war die Abendversammlung gut besucht. Unsere Spießbürger waren so erschreckt und neugierig, daß sie den Schluß der Frühversammlung garnicht abwarten konnten, um die Malfelern zu sehen. Ein Musikcorps sorgte für Unterhaltung. Unsere Behörde hatte, für hiesige Verhältnisse bedeutend, drei Gendarmen aufgeboden, die uns auf Schritt und Tritt folgten, sich aber sehr höflich zeigten und sich in respektvoller Entfernung hielten.

In Staßfurt fand am Vorabend des Montags eine Volksversammlung statt, in der Genosse Adolf Hoffmann = Berlin über die Bedeutung der Feier sprach. Am 1. Mai mittags machten zahlreiche Parteigenossen einen Ausflug nach Borne. Auch flatterte an einem Telegraphendraht bei der Bodebrücke eine mit entsprechender Inschrift versehene rote Fahne lustig in den Morgen hinein. Erst um halb sieben Uhr vernochte die Polizei das Umsturzeichen zu entfernen.

Falberstadt. Die Arbeitsruhe war diesmal doppelt so stark als in früheren Jahren. Morgens fand ein Ausflug unter starker Beteiligung statt, abends eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Swienty-Halle referierte. Die Malfeler hat hier tiefe Wurzeln geschlagen.

Duedlinburg. Einen geradezu glänzenden Verlauf hat diesmal die Malfeler hier genommen. Gestaltete sich schon der Festzug um 2 Uhr zu einer großartigen Demonstration (Teilnehmer mindestens 700), so war der Stummarsch um 7 Uhr ein Triumphzug, da sich weit über 8000 Personen daran beteiligten. Die ganze Demonstration verlief ohne jeden Zwischenfall in wahrhaft musterhafter Weise. An der Spitze des Zuges schritt ein Musikcorps; von Polizei war keine Spur zu sehen; die Behörde hatte vernünftigerweise die Ordnung den Parteigenossen überlassen und dürfte es nicht zu bereuen haben. Abends sprach Genosse Adolf Hoffmann = Berlin vor überfülltem Saal über die Bedeutung der Malfeler.

Osternieck. Ein Umzug mit Musik durch die Stadt beteiligten sich 200 Genossen. Abends fand eine gut besuchte Festversammlung statt.

Halle a. S. Die Feier war imposant. An den vormittags stattgefundenen Gewerkschafts-Versammlungen beteiligten sich 4000 Personen, die alsdann durch die Stadt zogen. Die Polizeiverwaltung, die vor dem Umzug dem Vertrauensmann der Partei, sowie den Vorstehern der Gewerkschaften das Versprechen gegeben hatte, alles zu vermeiden, was Anlaß zu einem Konflikt zwischen Demonstranten und Polizei geben könnte, wenn der Zug nicht in Reich und Glied, sondern in zwanglosen Gruppen gehe, hätte es bald zu einem argen Konflikt getrieben. Als der Zug an der Reitbahn vorüberzog, stellte sich demselben ganz unerwartet ein Polizeipolizee gegenüber und der Herr Ober-Polizei-Inspektor Beydemann, der in der Demonstration einen „geordneten Zug“ erblickte und beabsichtigte, denselben zu sprengen, kommandierte auf einmal „blau ziehen“. Ein Teil der Demonstranten ging einen anderen Weg, aber gleich nachdem waren die „getrennten Teile“ wieder beisammen. Auf Vorhalt des Genossen Swienty kommandierte Herr Beydemann seiner Polizeimannschaft, die Regen wieder einzustreuen. Eine mittags stattfindende große Festversammlung, in der Genossin Bieck = Hamburg sprach, war bis zum letzten Platz gefüllt.

Netleben. Die Malferversammlung konnte nicht stattfinden, da trotz der festen Zusage des Beamten die Bescheinigung über die schriftlich und mündlich erfolgte Anmeldung der Versammlung nicht zur Stelle war und der Beamte die Tagung nicht gestattete.

Erfurt. Die von der Arbeiterschaft Erfurts und Kersgehofens veranstaltete Malfeler nahm einen nach jeder Richtung hin befriedigenden Verlauf. Da die Behörde einen Umzug nicht gestattet hatte, pilgerten schon in der Frühe in losen Trupps annähernd 750 feiernde Arbeiter nach dem gothaischen Städtchen Roda. Mittags erfolgte die Rückkehr nach der Stadt von der Bahnstation Bischofen mittels Extrazugs. Die Wohlthätliche machte keine kleinen Augen, als sich vom Erfurter Bahnhof aus der Menschenstrom in die Stadt ergoß. An der Nachmittagsfeier beteiligten sich 1800 Personen. Die Versammlungen abends waren überfüllt. Im „Kardinal“ sprach bei der Erfurter Arbeiterschaft Genosse Reißhaus, im „Alten Fritz“ für die Kersgehofener Arbeiter Genosse May.

In Wittenberg, der alten Luther- und Muckerstadt, nahm die Feier einen recht guten Verlauf. Der Versammlungssaal war dicht besetzt. Nach einflüchtigem Referat des Abgeordneten Kunert über Arbeiterchutz und Arbeiter-trutz, Weltfrieden und Militarismus, Internationalität und Chauvinismus nahm die Versammlung einstimmig die Berliner Resolution an, und zwar mit dem Zusatz bei dem Passus von der „besten Garantie für den allgemeinen Völkerfrieden“: Im Zusammenhang hiermit erhoben die Versammelten Protest wider die verbrecherische Gewaltthat der großbritannischen Regierung gegenüber den freien, republikanischen Gemeinwesen der südafrikanischen Boerenstämme.

Kleine Chronik.

Aus Breitenworbis im Schafelde wird gemeldet: Dienstag abend brach, veranlaßt durch spielende Kinder, Großfeuer aus. Gänzlich niedergebrannt sind 10 Wohnhäuser und 26 Hintergebäude, während 6 andere Gehöfte mit Stallungen und Scheunen teilweise verbrannt und stark beschädigt wurden. Zahlreiches Vieh ist in den Flammen umgekommen. Der Schaden ist bedeutend, jedoch meistens durch Versicherung gedeckt.

Schon wieder hat ein Liebespaar bei Hamburg, diesmal in Bergedorf, Selbstmord verübt. In einem Hotel wurde dort Mittwoch früh ein angebliches Ehepaar erschossen aufgefunden. Es ist festgestellt, daß der Mann der in Guben geborene Gärtner Ernst Hoffmann und die Begleiterin die in Niesbittel wohnende Wilhelmine Boeck ist.

Eine große Feuersbrunst wütete in Adershausen (Medlenburg). Drei Scheite sind schwer verbrannt, jedoch ist in das Gistrower Krankenhaus übergeführt werden mußten. Eine Menge Vieh hat den Tod in den Flammen gefunden.

Als Mörder der Dienstmagd Fuhrmann, die in Herleshausen bei Kassel ermordet aufgefunden wurde, verhaftete die Polizei deren eigenen Schwager.

Ein furchtbares Erbenunglück hat sich in Schofield (Utah) ereignet. Wie gemeldet wird, haben über 200 Menschen das Leben eingebüßt; 137 Leichen wurden bereits aufgefunden. Das Unglück wird auf die Explosion einer Anzahl von Pulverfässern zurückgeführt.

Bereine, Versammlungen, Vergüügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Buda im „Thalia“, Dorstgasse 14. Bezirk Magdeburg, Friedrichstraße und Werder im „Metallarbeiter-Verband“, Große Storchstr. 7. Bezirk Alte Neustadt im Lokale des Herrn Robert Seemann, Weinbergstr. 27. Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“, Friedrücksplatz 2. Zahl-abende finden statt Bezirk Sudenburg in der „Fischer Bierhalle“, Schöningerstr. 28, und Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1.

Achtung, Satter! Unser Ausflug nach Schönebeck findet am Sonntag, den 6. Mai, statt. Sammelplatz: Alte Markt. Abmarsch Punkt 6 Uhr.

Sonnabend, 5. Mai: Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Neustadt. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Schall, Fabrikstraße 5/6. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Briefkasten.

A. B. Sadea. Am 2. Mai ist keine Zeitung erschienen.

Auf Abzahlung!

offeriere
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
Kinderwagen

Herren- u. Kinder-Garderobe
 fertig und nach Maß.

fernere: 1191
 schwarze und farbige Kleiderstoffe
 sowie

sämtl. Manufakturwaren.

Auf Abzahlung!

Theod. Matthies

Heiligegeiststrasse 36, I.

Soeben erschienen!

**Leitfaden für jeden Arbeitgeber
 und Arbeitnehmer**

durch das **Invaliden-Versicherungsgesetz**
 auf Grund des wichtigen Abänderungs-Gesetzes vom
 13. Juli 1899 neu zusammengestellt.

In **vollständigen Fragen und Antworten**
 gemeinverständlich dargestellt.
 Mit vollständigem Gesetzestext, einem alphabetischen
 Sachregister und einem Anhang:

Wie bewerbe ich mich um ein Heilverfahren?

Seit 1. Januar 1900 in Kraft.
 Für den billigen Preis von
35 Pfennig

zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme

49 Jakobsstrasse 49

Auf alle Waren 5 Prozent Rabatt.	Fermersleben.	Fermersleben.	Auf alle Waren 5 Prozent Rabatt.
	Empfehle A. L. Mohr'sche Margarine.		
	Marke Mohra ist voller Ertrag für gute Butter. Ebenso empfehle sämtliche Materialwaren, Tabak und Cigarren. Selbstgeschlachtete Wurstwaren stets zu haben bei		
August Schmidt, Fermersleben, Schönebeckerstraße 34.		1151	

Roeder & Drabandt

Leder-Handlung 103
 Magdeburg, Himmelsreichstraße 6/8
 und Jakobsstraße 25
 erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Öffentliche Versammlung

der
Sattler und Tapezierer

Freitag, den 4. Mai, abends 8 Uhr
 im Lokale des Herrn Thiering, Tischlerkrugstraße 27.

Tages-Ordnung:
 1. Der Zustand der Treibriemenarbeiter und die Antwort des Vertreters der Firma vormals Thiele u. Günther.
 2. Verschiedenes.
 Kollegen! In Anbetracht dieser hochwichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß ihr alle pünktlich erscheint.
 Der Vertrauensmann der Sattler und Tapezierer.

Große öffentliche Versammlung

aller im Transport- und Verkehrs-Gewerbe
 beschäftigten Personen, als Kutscher, sowie besonders die
 Angestellten der Straßenbahn
 am Sonnabend, den 5. Mai 1900, abends 8 1/2 Uhr
 in der Krone, Alte Neustadt, Moldenstraße.

Tages-Ordnung:
 1. Die Gefahren des elektrischen Straßenbahn-Betriebes für den öffentlichen Verkehr.
 Referent: Oswald Schumann, Berlin.
 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Magdeburger Straßenbahn.
 3. Freie Aussprache.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Filiale Neustadt
Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend, den 5. Mai, bei Schall, Fabrikenstr. 5/6.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung vom Verbandsstag.
 2. Fluktuation der Mitglieder im ersten Quartal.
 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet
 Die Verwaltung.

Maschinen- und Heizer-Verein
 für Magdeburg und Umgegend
 feiert am
 Sonnabend, den 5. Mai, in Reib's Tanzsalon
 1187

IV. Stiftungsfest

unter Mitwirkung des Gesangsvereins Einigkeit, Budau.
 Die Kollegen werden ersucht, mit ihren Damen recht zahlreich
 zu erscheinen. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
 Das Komitee.

Burg. Mitglieder-Versammlung

der
**Central-Kranken- u. Sterbekasse
 der Schuhmacher**
 Sonnabend, den 5. Mai, abends 8 Uhr im Hoffäger, kleiner Saal.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900.
 2. Anträge zur General-Versammlung.
 3. Wahl eines Delegierten zur General-Versammlung.
 4. Verschiedenes.
 Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Verlangen Sie

überall nur den allein echten
Globus-Putz-Extract
 wie diese Abbildung 890



da viele wertlose
Nachahmungen
 angeboten werden.
 Fritz Schulz jun., Leipzig.
 Erfinder des Putzextract.

Achtung! Schuhwaren

kauft man billig und haltbar in größter
 Auswahl bei
 H. Schulze, Wilhelmstadt
 Gr. Diesdorferstr. 30.
 Reparaturen werden sauber u. billig geliefert.
 Annabr. Wilhelmstadt Annabr.
 6 6
**Möbel, Spiegel
 Polsterwaren**
 kauft man veell und billig bei
 474
 Aug. Anton, Tischlermeister.
 Transport frei. 10 Stunden im Um-
 kreis durch eigenes Gespann.

* Gruben zu verkaufen Große
 Wägenstr. 11/12. 468
Regina-Fahrräder. Goldue
 Medaille.
 Verkaufsstelle: Große Münzstraße 9.

**Sweater
 und Radfahrer-Strümpfe**
 in allen Farben u. Preislagen empfiehlt
Bazar Magdeburg
 Jacobs- und Petersstraße-Ecke
 Filialen: Budau, Thiemstraße 1,
 Wilhelmstadt, Annabr. 2.

Tapeten
 große Auswahl, sehr billig,
Fritz Prager
 Budau, Schönebeckerstraße Nr. 2
 Wilhelmstadt, Gr. Diesdorferstr. 3
 Ecke Annabr. 8

Bei Einkäufen bitten wir unsere
 Leser, sich auf die Post
 stämme beziehen zu wollen
Eine Partie Bettfedern
 Daunen und Zulett
 sind wegen Aufgabe dieses Artikels außer-
 gewöhnlich billig zu verkaufen. Ober-
 und Unterbett und 2 Kissen mit rein-
 gebrennt und feberdichtem Zulett
 15 Mt. an. Günstigste Gelegenheit für
 Brautleute.

Carl Klotz
 Sudenburg, Kurfürstenstraße 3
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
 reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
 Tischlerkrugstraße 26.

15 Schindtstraße 15.
 Bringe meine
Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
 in empfehlende Erinnerung.
Rud. Lummert, Schuhmacher
 meißer.

2 gute Haushalt-Betten u. Bettk.
 u. 26 Mt. 3. vert. Steinstr. 10, I.
 * Guter Kinderwagen billig zu verkaufen
 Wilhelmstr., Friesenstraße 8, 5. pt.

Die Aerzte sind
 ganz erkaunt über die Erfolge des
Karl Koch'schen Nährzweibacks.
 Derselbe bildet den Kindern gesund
 Blut, starken Knochenbau und ist wegen
 seines hohen Nährwertes geeignet, das
 vor den Folgen fehlerhafter Ernährung
 als: Strophulose, Drüsen, Darm-
 katarrh, Rheumatis, Knochenfran-
 kheiten usw. zu schützen. In Dänen u.
 Pateten zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. Be-
 lauf nur allein echt in Originalpackung bei
 Haupt-Depot: **Ad. Haueber Noth**
W. Lamm jr., Tischlerbrücke.
Wwe. Matthias, Berlinerstraße 2
H. Sens, Wilhelmstr., Gr. Diesdorferstr.
 Magdeburg-Sudenburg:
H. Starkloff, P. Markowski
 Westend-Droguerie.
 Magdeburg-Neustadt:
H. Nachtwey, Schmidtstr., **Gus**
Graf, Friedrich Paul, Breitenweg 10
 Droguen-Handlung, **G. Wehmeyer**
 Germania-Droguerie, **E. Stenge**
 Breitenweg.
 Budau: **E. Pensky,** Hofenapothek
 Staffurt:
F. Hedioke, F. M. Kilian, Wachtel-
 straße 15, **Fr. Henkel, C. Nauke,**
 Schönebeck: Germania-Droguerie
Gustav Minkus. 1/31M

Empfehle den geehrten Herrschaften
 meine
**feinen Fleisch- und
 Wurstwaren.**

C. Oehlschläger, Henmarkt Nr. 489
 Heute Freitag:
**Frische Wurst und
 frisches Fleisch.**
 Gebe die Ware stundweise ab.
 Guitav Busch, Niedenbodeleben

Küchenzettel der Magdeburger
 Volkstischen
 Hauptnache 5 und Schmidtstr. 61
 Freitag: Schellfisch mit Mostsauce u.
 Salzkartoffeln.
 Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Schmiedelehrling
 gesucht von Miethling, Hundsbürgerstr.
 * Wäsche wird sauber und billig ge-
 waschen. Tischlerkrugstr. 1, Eg. Grünemannstr. 3
 * Eine Wickelmacherin sucht Beschäftigung
 Zu erf. b. Albrecht, Gr. Mühlentstr. 7, b.
 * Anständiges Logis zu vermieten
 Weißgerberstraße 9/10, 2 Et.
 * Freundliches Logis
 Wanzlebenstr. 5, bei Renner
 Febl. Logis Neuhaldenslebenstr. 11, b. 2

Stadt-Theater.
 Freitag, den 4. Mai 1900.
 Drittes Gastspiel des Tegernseer Baret
 Theaters.
Almenrausch und Edelweiß
 * Meinem lieben Vater 3. 62. Geburts-
 die herzlichsten Glückwünsche. Elna Niche
 * Um Vater und Großvater E. Micherl her
 Glückw. 3. Gebtägl. E. G. M. G. L.

Eine Lavine.

Was so ein einfacher ausländischer Brieffschreiber nicht alles anrichtet! Als wir in Nr. 97 unseres Blattes die kleine Epistel unseres brasilianischen Freundes abdruckten, geschah es mit der Freude unsererseits, daß drüben jenseits des Ozeans die deutsche Weltpolitik auch ganz richtig erkannt und — gewürdigt sei. Aber wir ahnten nicht, daß dieser Brief der Anlaß zur großen Erörterung in der Presse, ja sogar zu einer politischen Haupt- und Staatsaktion geben würde. Er hat es aber getan, er hat nicht nur die Feder eines unserer Kollegen in der Redaktion des Vorwärts in Bewegung gesetzt, nicht nur jener auch in den Redaktionsstuben bürgerlicher „angelegener“ Blätter die Arbeit vermehrt, er hat sogar — wie freilich, das sehen wir in aller gebührender Vorsicht hinzu, zunächst nur die Tante Wofz mittelst — einen ausläubischen Kriegssamtssekretär veranlaßt, eine verdeckte und doch hinreichend scharfe und deutliche Warnung an Deutschland loszulassen. Das Brieflein hat sich also als ein richtiger Schneeball erwiesen, der eine Lavine in Bewegung zu setzen vermag bezw. in unserem Falle vermocht hat. Drücken wir uns im Einzelnen genauer aus.

In dem Blatte, das mit dem holden Namen Eugens des unentwegt Freisinnigen geschmückt ist, lasen wir zunächst:

„Die neue Weltpolitik Deutschlands zeitigt die unsinnigsten Gerüchte. So wird dem Vorwärts berichtet, daß alle brasilianischen Zeitungen Deutschland Absichten auf brasilianischen Boden zuschrieben; namentlich soll man es in Berlin auf die drei Staaten Rio grande do Sul, Santa Catharina und Parana abgesehen haben, die man gar zu gern zu deutschen Kolonien machen wolle. Sogar Karten sollen schon existieren, auf denen dieser Zukunftsraum als Wirklichkeit verzeichnet sehe!“

Wie Eugen seinen Mitarbeiter erlauben kann, von „unsinnigsten“ Gerüchten zu sprechen, verstehen wir nicht. Nicht einmal den Ausdruck „Gerücht“ halten wir für recht. Denn es ist Thatsache, daß, wenn auch vielleicht noch nicht die Reichsregierung, so doch die „Reichswehner“, die Aldeutschen, Nationalsozialen, Flottenvereiner neben Kleinsten längst auch auf jene brasilianischen Gebiete in ihren Träumen vom „größeren Deutschland“ spekulieren. — Eugen Richter läßt aber dann seine — gewiß trotz wasserstoffsäurehaltiger Abgehärtetheit erschreckten — Leser auf einen Artikel der Post hinweisen, der sogar offiziös dementiert sich mit der Sache befaßt. Am Ende, der unserer Brief unter der Ueberschrift „angebliche Absichten Deutschlands auf Brasilien“ wiedergibt, drückt das offiziöse Postdementi ab; es lautet:

„Demgegenüber können wir dem sozialdemokratischen Blatt in Magdeburg und seinem Freunde in Sao Paulo zur Beruhigung mitteilen, daß es sich bei den angeblichen Absichten Deutschlands auf brasilianischen Boden nur um sensationelle Ausstreuungen (?) handelt, denen auch nicht die Spur einer Thatsache oder eines Planes zu Grunde liegt. Auch haben die Vertreter Deutschlands an maßgebender Stelle in Brasilien sowohl als in den Vereinigten Staaten — denn auch in der dortigen Presse tauchten derartige Sensationsnachrichten auf — diese Verdächtigung bereits energisch zurückgewiesen.“

Der letzte Satz klingt fast so, als ob auf unseren Brief hin die betreffenden Gesandten jene „zurück-

weisung“ ausgeführt hätten. Aber wir sind doch zu beisehen, diese Ausnahme wirklich aufrecht zu erhalten.

Darum zu der sensationellsten Nachricht, welche die Tante Wofz, wie erwähnt, auftritt in folgender Ausführung:

„Die Rede, die der Sekretär des amerikanischen Kriegssamts Moot am Freitag in der Grant-Denkmal-Gesellschaft in New-York hielt, und worin er mit auffälligem Nachdruck versicherte, das amerikanische Volk werde nötigenfalls mit den Waffen in der Hand für die Beachtung der Monroe-Doctrin eintreten, wird erst jetzt, nachdem weitere Drahtungen aus Washington vorliegen, verständlich. Mit nicht geringem Staunen ersehen wir aus ihnen, daß die in jener Rede enthaltene Drohung gegen Deutschland gerichtet war. Es ist kennzeichnend für die Nervosität der amerikanischen Staatsmänner und für die Leichtfertigkeit, mit der diese eine Verurteilung erzeugende Aktion in Scene setzen, daß ein Mann in hoher amtlicher Stelle lediglich auf Grund eines ganz unbegreiflichen Gerüchts gegen einen befreundeten Staat eine so schwere Drohung ausspricht. Das Gerücht, das Herrn Moot zu seiner Rede veranlaßt, war vor einigen Tagen im Vorwärts erwähnt und behauptete, Deutschland beabsichtige, im Süden Brasiliens Kolonien zu begründen. Daß eine derartige Absicht in unseren maßgebenden Kreisen nicht besteht, bedarf kaum einer ausdrücklichen Versicherung, und das Gerücht kann nur dadurch entstanden sein, daß deutsches Kapital und deutscher Unternehmungsgeist sich in der letzten Zeit mit größerer Lebhaftigkeit den südlichen Provinzen Brasiliens zugewandt haben, die seit vielen Jahren eine starke deutsche Bevölkerung aufweisen. Aber von da bis zur Besitzergreifung von Teilen Brasiliens ist ein weiter Schritt, den die verantwortlichen Leiter unserer auswärtigen Politik sicher nicht zu machen gedenken. Allerdings nicht aus Achtung vor der Monroe-Doctrin, die vom Staatsdepartement in immer umfassenderer Weise ausgelegt wird.“

Mit dem Namen Monroe-Doctrin bezeichnet man bekanntlich die vom Präsidenten Monroe im Jahre 1823 erlassene und später bestätigte Erklärung, wonach die Vereinigten Staaten erklären, Einmischung einer europäischen Macht in amerikanische Verhältnisse, darunter auch etwaige Kolonisationsversuche, mit allen Machtmitteln zurückzuweisen.

„Die Monroe-Doctrin hat allerdings,“ so schreibt der Vorwärts sehr richtig zu den Ausführungen der Tante Wofz, „ihre Berechtigung verloren, seitdem die Amerikaner selbst in andern Erdteilen Kolonialpolitik zu treiben begonnen haben. Wenn die Bosphische Zeitung jedoch über die Nervosität der amerikanischen Staatsmänner spottet, vergißt sie, daß derartige rednerische Winke mit der gepanzerten Faust auch schon anderwärts beliebt worden sind. Auch die Beteuerung, daß in „maßgebenden Kreisen“ die Absicht von kolonialen Erwerbungen nicht bestehe, ist überflüssig. Dafür, daß unsere Weltmachtpolitiker Brasiliens längst als weiteres Experimentierfeld der Welt ins Auge gefaßt haben, liegen Beweise genug vor. Was die „maßgebenden Kreise“ heute beabsichtigen, weiß die Bosphin vermutlich ebenso wenig wie wir; was sie aber morgen zu thun gedenken, entzieht sich vollends der Berechnung gewöhnlicher Sterblicher.“ Unsere Meinung geht dahin, sie werden sich wenn das „deutsche Kapital“ und „der deutsche Unternehmungsgeist“, die ja nach der Bosphin „sich in der letzten Zeit mit größerer Lebhaftigkeit“ jenen Teilen Brasiliens zugewandt haben, der Ansicht sind, das

Land erst dann vollkommen ausbeuten zu können, wenn es unter dem unmittelbaren „Schutze“ der deutschen Reichsflagge steht, am Ende nicht weigern — wie sich die politischen Machtfaktoren ja den Kapitalwünschen gegenüber überhaupt niemals zu weigern haben — das Land in unsern Besitz zu bringen, besonders wenn etwa wieder einreisende „Wirren“ in Brasilien den äußern, sozusagen anstandslos halber nötigen Vorwand dazu liefern sollten. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Warenhaussteuer wird in der Kommission des Abgeordnetenhauses nunmehr zur zweiten Beratung gelangen. Die Nationalliberalen haben Abänderungsanträge ausgearbeitet, nach denen die Filialensteuer wieder gestrichen, der Mindestbetrag des steuerbaren Umsatzes von 200 000 auf 300 000 Mark erhöht werden und außerdem noch einige Abschwächungen durchgeführt werden sollen. Wie sehr Kennen-Derlei und den Seimen diese Gesetz am Herzen liegt, bewies folgender Erguß zu den nationalliberalen Anträgen: „Daß wir gegen diese nationalliberalen Vorschläge sind, bedarf nicht besonderer Hervorhebung. Leider hat die preussische Regierung offiziell erklären lassen, daß die Beschlüsse der Kommission in erster Lesung ihr unannehmbar seien. Wir haben die Gründe, die zu dieser Unannehmbarkeitserklärung führten, widerlegt und uns durchweg auf den Boden der Kommissionsvorschläge gestellt. Gleichwohl möchten wir in diesem Falle raten, mit der preussischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Die Sache liegt hier wesentlich anders als beim Fleischbeschaugesetz. Bei diesem Gesetz sind wir überzeugt, daß eine weitere Abschwächung der Reichstagsbeschlüsse keinen Fortschritt bedeute, während beim Warenhaussteuergesetz unter allen Umständen etwas besser ist als nichts. Schon das ist ein Sieg unserer Anschauungen, daß die Umsatzsteuer eingeführt werden soll. Den weiteren Ausbau kann man der Zukunft überlassen. Zunächst muß man aber das zu erlangen suchen, was man bekommen kann. Selbstverständlich muß soviel erkämpft werden, als nur irgend möglich ist. Das Gesetz darf aber nicht scheitern.“ Die edlen Mittelstandskretter werden ihre weitergehenden Forderungen dann später schon noch durchzusetzen trachten. —

Die Heeresverstärkung um 7000 Mann kommt im Jahre 1903. In den Äußerungen über die künftige Steigerung der Reichsausgaben, die von den beteiligten Verwaltungsgutachtern für die Budgetkommission aus Anlaß der Flottennovelle zusammengestellt worden sind, schreibt das Kriegsministerium: „Die Gestaltung des Militärbewesens ist von so vielen wechselnden Einflüssen, zum Beispiel unseren Beziehungen zu den anderen Großmächten, den Heeresorganisationen der Nachbarstaaten, den Fortschritten der Technik abhängig, daß jeder nur einigermaßen zuverlässige Maßstab für die Zukunft fehlt. Nur darauf sei hingewiesen, daß die durch Gesetz vom 25. März 1899 bewilligten Mannschaften voraussichtlich durch die in den Jahren 1901 und 1902 aufzustellenden Formationen aufgebraucht werden. Im Jahre 1903 würde demnach die Anforderung der 7006 Köpfe, deren Bewilligung der Reichstag durch die Resolution 4 vom 16. März 1899 in Aussicht gestellt hat, beginnen müssen.“ Das Centrum wird nicht verfehlen, mit Forderungen diese Bagatelle nachzubewilligen. —

Genilletou.

Der Millionenbauer.

Von Max Kreyer.

(66. Fortsetzung.)

„Ist meine Frau zu Hause?“ fragte Heckenstett, nachdem Jean erschienen war.

„Nein. Die Frau Baronin ist vor einer halben Stunde ausgefahren. Mit ihrer Frau Mutter, die sie abgeholt hat. Die Damen lassen sich entschuldigen. Sie wollten noch vor dem Diener zurück sein. Ich glaube, es handelte sich um einige Einkäufe.“

„So,“ stieß Heckenstett etwas misstrauisch hervor, da er sich darüber ärgerte, daß seine Schwiegermutter so früh bereits aufgetaucht war. Eine dunkle Ahnung befiel ihn, daß dieser Besuch mit dem gestrigen Vorgang zusammenhänge. „Sind Briefe angekommen?“ fragte er weiter, während ihm Jean bei der Toilette behilflich war.

„Ja, mehrere.“

„Etwas Bekanntes darunter?“

„Graf Sirba hat durch seinen Diener ein versiegeltes Couvert abgeben lassen. Mit einer Empfehlung an den Herrn Baron. . . . Es war gleich nach zehn Uhr. Ich fragte extra, ob es eilig sei. Da aber nichts besonderes bestellt wurde, so wollte ich nicht stören.“

Heckenstett war neugierig geworden und befaßte den Brief sofort zu holen. Diese Sendung am frühen Morgen setzte ihn in Erstaunen. Sirba mußte wenig oder garnicht geschlafen haben.

„Berlin W. Kanonierstraße 140.“

Mein werter Herr Baron,“ las er, nachdem er das mit einer Grafenkrone und einem Schilde, in dem ein Greifenkopf enthalten war, gezierte Couvert geöffnet hatte. „Bevor wir uns heute trennten, nahmen Sie mir das

Versprechen ab, Sie noch im Laufe des heutigen Vormittags an die Höhe Ihres Verlustes zu erinnern. Derselbe beträgt laut der zurückgelassenen Baus 32 000 Mark. Sie finden mich stets zwischen ein und drei Uhr zu Hause. Doch eilt die Sache keineswegs. Ganz sans gêne. Ich bitte diese Zeilen lediglich als eine Erfüllung ihres Wunsches zu betrachten. Indem ich mich der Hoffnung hingeebe, der Rest der Nacht möge Ihnen besser bekommen sein als mir (ich leide an chronischer Schlaflosigkeit), bleibe ich Ihr ganz ergebenster

Graf Sirba.“

Durch diese Mitteilung kam Heckenstett zur Besinnung. Zweihundertdreißigtausend Mark! An eine derartige Summe hatte er nicht im entferntesten gedacht. Er mußte geradezu unsinnig gehandelt haben, wie immer, wenn er vom Weine berauscht fast jede Besinnung verloren hatte. Er ärgerte sich über seinen Leichtsin, fügte sich aber schließlich in das Unvermeidliche mit dem Gleichmut aller schwachen Naturen, die sich damit trösten, das nächste Mal die Kraft zum Widerstehen zu finden. Schließlich aber verwünschte er den gestrigen Abend, der das Sprichwort, daß ein Unglück niemals allein komme, so glänzend bestätigt hatte. Das eine jedoch blieb für ihn fest bestehen: daß dieser Graf Sirba ein sabelhaftes Glück besitzen müsse, denn dunkel schwebte ihm vor, daß es gleich ihm auch Letzter und einem von den anderen Herren ergangen war. Zuletzt beneidete er Figard um den Willen, mit dem er allen Verlockungen die Stirn geboten und sich rechtzeitig von der Gesellschaft getrennt hatte. Wovon hätte er auch spielen sollen? Die Folge wäre gewesen, daß er, Heckenstett, für ihn hätte einspringen müssen, und daß es dazu nicht gekommen war, konnte noch als der einzige Vorteil der tollen Nacht betrachtet werden.

„Jean —“

„Herr Baron —?“

„Weshalb sagten Sie vorhin einfach Graf Sirba? Das hörte sich so an, als kennten Sie den Herrn bereits.“

„Ich habe viel von ihm gehört, Herr Baron. Das heißt —“ erwiderte Jean mit der Vorsicht eines Menschen, der auf weitere Fragen gefaßt ist.

„So. Was es gutes oder schlimmes?“

„Ich weiß wirklich nicht, Herr Baron. . . . ob ich —“ Während Jean an seinem Herrn die tägliche Frottierung vornahm, glitt ein verlegenes Lächeln über seine Lippen, das Heckenstett im Spiegel deutlich beobachten konnte.

„Nun, nun. . . ich werde verschwiegen sein,“ ermunterte ihn Hugo. „Wir sind ja unter uns. . . . Nehmen Sie sich die Korallenmadel, die dort liegt. . . . Baten Sie nicht auch neulich um einige Kravatten? Sie sollen sie haben. Und auch was die Garderobe betrifft, so machen Sie mir einmal Vorschläge. . . . Befindet sich Ihr Bruder immer noch in dürftigen Verhältnissen?“

„Sie sind zu gütig, Herr Baron. Tausend Dank! . . . Ja, noch immer. Wenn man seit einem Jahre außer Stellung ist und sechs Kinder hat. . . . Dieser Bruder, von dessen Dasein man nie etwas Bestimmtes erfährt, wurde immer vorgehoben, sobald es sich um ein Aktentat auf das Garderobenspend handelte. Merkwürdigerweise verwandelte er sich stets in einen Trödler, sobald Jean seinen Zweck erreicht hatte.“

„Sechs Kinder? Es ist ein bißchen viel. Erinnern Sie mich nachher daran, daß ich Ihnen eine kleine Unterstützung für ihn gebe. . . . Verkehrte Graf Sirba bei irgend einer Ihrer früheren Herrschaften?“

„Ja, bei Herrn von Bamst-Dollheim,“ erwiderte Jean, der die Geberlaune seines Herrn als eine Aufforderung betrachtete, mit seiner Offenheit nicht zurückzuhalten. „Herr von Bamst war Junggehilfe und gab viele Herrengehilfschaften.“

„Waren niemals Damen dort?“

„O doch, sehr oft. Schauspielerinnen und Choristinnen, aber sie wurden immer zu den Herren gerechnet.“

(Fortsetzung folgt.)

Parlamentarische Nachrichten.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Montag die Novelle zum Gemeindefähigkeit in zweiter Lesung. Im Laufe der Generaldebatte, die sich bei § 1 über alle einschlägigen Fragen des Entwurfs entspann, teilte der Minister Freih. v. Rheinbaben namens des Staatsministeriums mit, daß die Kommissionsbeschlüsse für die Regierung unannehmbar seien bezüglich der Zweibezirk-Majorität, welche nach dem Kommissionsbeschlusse zur Korrektur des Durchschnittsprinzips vermittelst Ortsstatutes erforderlich sein soll. Die Bedenken gegen diese Beschlüsse wies die Regierung nur dann fallen lassen, wenn ein vom Freiherrn v. Redlich eingebrachter Antrag angenommen würde, wonach für die Einteilung der Klassen auch die Wähler mit einem Census von 6 Mark, der bekanntlich noch in einigen rheinischen Kommunen besteht, außer Betracht kommen sollen. Auf diesen Antrag Redlich, der den Einbruch der Arbeiter in die Klassen machte, sprachen sich dann die ganzen Verhandlungen zu. Eine Partei nach der anderen erklärte sich für den Antrag. Buerst Abg. v. Seydewitz namens der Konservativen, dann auch Abg. Wachsen namens des Centrums, der erklärte, angesichts der politischen Situation ein Votum zurückstellen zu wollen. Die freisinnige Volkspartei, für welche die Abgg. Wintermeyer und Krelling sprachen, stimmten gegen diesen Antrag, während sie die übrigen geringen Verbesserungen des bestehenden Gesetzes, wie sie in den Kommissionsbeschlüssen enthalten sind, acceptierten. Der Annahme der Kommissionsbeschlüsse mit dem Antrag Redlich ging noch ein hyliges Geplänkel zwischen Centrum und Nationalliberalen voraus. Zu erwähnen ist noch die Annahme eines auch vom Minister Freiherrn v. Rheinbaben gebilligten Antrags Redlich, betreffend die Zulassung besonderer Abstammungsbezirke. Am Dienstag stand der Antrag von Eynern auf der Tagesordnung, wonach der Staat aus seinen diesjährigen Ueberschüssen den Provinzialverhältnissen 30 Millionen Mark als Fond überwiesen werden sollen, um die steigenden Provinzial- und Kommunalsteuern erträglich zu machen. Der Antrag fand im Hause wenig Gegenliebe; nur die freisinnige Volkspartei erklärte sich, aber auch nicht rückhaltlos, für den Grundgedanken des Antrags. Dagegen wurde von allen Seiten anerkannt, daß eine Revision des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 durchaus geboten sei. Die durch die wachsenden Provinzial- und Kommunalsteuern belasteten Provinzen sollen berücksichtigt werden, jedoch so, daß die Dotationen für die übrigen Provinzen nicht verringert werden. Nach Herr von Miquel erkannte an, daß eine Revision der Dotationsbestimmungen durchaus notwendig sei, wie sie bereits das Herrenhaus verlangt habe. Den Antrag der Nationalliberalen bekämpfte er mit großem Nachdruck. Einmal machte er geltend, daß es dem Prinzip der Selbstverwaltung widerspreche, wenn die Provinzial-Verhältnisse mit Geld wirtschafteten, das vom Staate hergegeben würde. Zweitens bezeichnete er die allgemeine Finanzlage Preußens als nicht danach angehen, die Schuldentilgung in guten Jahren zu forcieren. Schließlich wurde der Antrag der Nationalliberalen und ein Antrag der Freikonserverativen auf Revision des Dotationsgesetzes einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und die dritte Lesung des Kommunalwahlgesetzes auf der Tagesordnung.

Aus der Parteibewegung.

Vor einem Schwindler, der auf die Mildbütigkeit der Parteigenossen reist, warnet der Vertrauensmann in Anstalt in Thüringen. Der Betreffende giebt in der Regel an, ein aus Gotha gebürtiger Schriftsteller zu sein, will dem Verbands deutscher Buchdrucker angehören und jetzt aus Paris kommen. Er sucht das Mitleid der Parteigenossen dadurch zu erwecken, daß er vorgiebt, durch seine politische und gewerkschaftliche Thätigkeit wiederholt arbeitslos usw. geworden zu sein. Alle seine Angaben beruhen jedoch auf Erfindung. Der Schwindler, der Hempel heißen soll, ist durch starkes Sinken leicht erkennlich.

Ultramontane Geschäftspolitiker.

Ein interessanter Prozeß spielte sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in Trier ab. Der Centrumsabgeordnete und Kaplan Dasbach hatte gegen den Redakteur Haubrich Klage wegen brieflicher Beleidigung gestellt. In der Verhandlung wurden recht niedliche Enthüllungen über die Praktiken des geschäftskundigen Kaplans gemacht und in Bezug auf die Verschönerung, die er seitens seines eigenen Parteigenossen erfährt, folgendes festgestellt: Zeuge Oberlandesgerichtsrat Noeren stellte Dasbach zwar ein glänzendes Zeugnis aus, mußte aber zugeben, daß er ihm selbst einmal Dhrseigen angeboten habe. Subregens Prof. Dr. Müller schilderte diesen Zwischenfall:

„Herr Noeren sagte zu mir: „Sehen Sie, wie der Kamerad es macht; vor einiger Zeit habe ich eine wichtige Sache erhalten, die ich betreiben sollte. Da läuft Herr Dasbach zu dem Minister, und als ich dort hin kam, war die Sache bereits abgelehnt. Darauf ging ich zu Herrn Dasbach und sagte ihm: „Herr, Dasbach, wenn Dich Dein geistliches Kleid nicht schätze, dann würde ich Dir links und rechts hinter die Ohren hauen.“ Herr Noeren hat dann in dem oben besprochenen Sinne an Dasbach geschrieben.“ Ueber die Urteile anderer Fraktionsgenossen über Dasbach berichtete Justizrat Müller, daß sich im Jahre 1889, als Dasbach im Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld kandidierte, drei Abgeordnete zum Reichstag begaben und diesen baten, er möge im Interesse der Fraktion Dasbach verbieten, ein Mandat anzunehmen. Der Bischof erklärte jedoch, er sei nicht in der Lage, Dasbach die Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu unterjagen; er möge sich in Berlin die Hörner ablaufen. Noch im Jahre 1898 kam der Abgeordnete Dieben zu dem Zeugen, doch dahin zu wirken, daß Dasbach nicht im Wahlkreis Nachen (Land) gewählt werde, ma sei Dasbach in der Fraktion herzlich müde. Andere Centrumsabgeordnete haben, wie Zeuge Buchdruckereibesitzer Klein bekundet, dem Rechtsanwält Dr. Götz gegenüber geäußert: „Schaffen Sie uns den Dasbach vom Halbe, dann werden Sie Ehrenvorsitzender der Fraktion.“ Subregens Prof. Dr. Müller, über seine Ansicht befragt, ob die geschäftliche Thätigkeit des Kaplans Dasbach nicht gegen das kanonische Recht verstoße, erklärte, daß nach diesen Bestimmungen den Klägern der Handel im allgemeinen verboten sei. Es habe sich jedoch ein Gewohnheitsrecht herausgebildet, daß Geistliche Zeitungen herausgeben, wie auch Werke religiösen und gemeinnützigen Inhalts. Voraussetzung sei jedoch, daß der erzielte Gewinn so verwendet werde, wie Geistliche überhaupt das Geld verwenden sollen. Auch dürfe keine schädigende Konkurrenz für andere damit verbunden sein. Auch verbiete das kanonische Recht die Beteiligung an Aktien-, Bank- und dergleichen Unternehmungen, bei denen ein höherer Gewinn erzielt wird. Demgegenüber stellte der Beklagte fest, daß der Kläger Dasbach mit einem Einkommen von 52000 Mk. und einem Vermögen von 850000 Mark zur Steuer eingeschätzt sei, früher als Kaplan von St. Gervasius aber nur ein ganz geringes Vermögen besessen habe.

Der Redakteur Haubrich ist zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt worden, gleichzeitig aber hat das Gericht anerkannt, daß die von ihm behaupteten Thatsachen der Wahrheit entsprechen und ihm somit der Wahrheitsbeweis gelungen sei. Herr Dasbach hat, wie die Germania mitteilt, sofort die Berufung gegen das Urteil eingelegt. Diese wird ihm nichts nützen. Er ist als der thatsächlich Verurteilte aus dem Prozeß hervorgegangen.

Soziale Bewegung.

Zum Färberstreik in Barmen schreibt man der Volkszeitung: Eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung der streikenden Färber beschloß, dem Antrage der Streikleitung, wonach die Handelskammer ersucht werden soll, Unterhandlungen zwischen den Streikenden und den Arbeitgebern anzubahnen, zuzustimmen. Es wurde neben der alten Forderung, keine Streikarbeit verrichten zu müssen, als weitere Forderung der Antrag auf Lohnerhöhung und Einführung des neunstündigen Arbeitstages am Sonnabend gestellt.

Der Ausstand der Berliner Dachdecker ist beendet. Die Ausständigen haben das Angebot der Dachdecker-Innung, eine kleine Lohnerhöhung eintreten zu lassen, angenommen und die Arbeit wieder aufgenommen. In Lübeck auf der Kochischen Werft sind die **Maschinenarbeiter** ausgesperrt.

In Görtlich fordern die **Schmiede** 16 Mark Minimum Lohn und Abschaffung des Kost- und Logiswesens. In Durchziehung dieser Forderung ist die Arbeit eingestellt.

Die **Lederarbeiter** in Ueterfen streiken in zwei Fabriken, welche die Einführung des Festschmiedentages und die Erhöhung der Accordlöhne um 15 Prozent ablehnten.

Zum Tuttinger Schuhmacherstreik wird der Vorwärts berichtet: Die Einigungsverhandlungen, die von beiden Seiten vor dem dortigen Gewerbegericht gepflogen wurden, hatten den Erfolg, daß eine gemeinsame Grundlag für die Beilegung des Streiks gefunden wurde. Es wurde von beiden Seiten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent und Arbeiterinnen zugestimmt, fern wurde ein ständiges Schiedsgericht eingesetzt, dessen Spruch die Festsetzung der Bedingungen im einzelnen vorbehalten sein soll und dessen Spruch sich beide Teile zu unterwerfen haben. Die Wiedereinstellung der Streikenden ist zugesagt, doch kann dieselbe nicht auf einmal erfolgen. Es dürfen jedoch keine auswärtigen Arbeiter eingestellt werden, so lange noch Ausländige auf die Wiedereinstellung warten. Diese Bedingungen wurden in einer Versammlung der Streikenden mit 330 gegen 285 Stimmen angenommen. Die schwäbige Tagwacht erklärt allerdings in ihrer neuesten Nummer, der Streik dauere fort.

Ein Schutzverband gegen Boykotts. In das Dortmunder Genossenschaftsregister ist der Schutzverband rheinisch-westfälischer Brauereien eingetragen worden, der mit einem Kapitale von 20000 Mark begründet worden ist. Die Vereinigung erstrebt den Schutz gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen, vor allem wirksamen Schutz gegen Boykotts aller Art. Ein derartiger Schutzverband ist allerdings sehr zeitgemäß, da die Boykottierungen harmloser und politisch nichts weniger als tödlich gefährlicher Wirte, die zudem oft nur als Angestellte der Brauereien fungieren, durch Militärbehörden, Kriegervereine, patriotische Clubs und andere staatsrettende Organisationen, immer mehr zur öffentlichen Kalamität werden.

Weibliche Bauarbeiter. Daß die „arbeiterfreundlichen“ Unternehmer statt der einheimischen Arbeiter, immerhin schon etwas mehr Ansprüche an das Leben stellen, als etwa die Kulis, aus fernen Gegenden solche „billige“ Arbeitskräfte heranziehen, die infolge jahrhundertelanger Ausbeutung auf einem weit niedrigeren Lebens- und Sittenniveau verblieben sind, das ist leider eine bedauerliche aber bekannte Thatsache. Zieht man doch Italiener, Russen, Galizier, Czeden zc. immer dort zu deutschen Arbeitern heran, wo deutsche Arbeiter ihre Gesundheit, ihre Arbeitskraft nicht mehr um eine „Quartsschmitte“ verhandeln wollen. Was kümmert es die „national“ denkenden Unternehmer, wenn die Zahl der einheimischen Arbeitslosen Jahr für Jahr wächst, wächst doch gleichzeitig der Profit damit. Jetzt genügt es aber nicht mehr, daß man die männlichen Ausländer als Ersatz für einheimische Männer in die Fesseln der Lohnarbeit zwingt, jetzt zieht man schon die Frauen vom Auslande zu Arbeiten heran, die gerade für Männer schwer genug zu ertragen sind. In der Breslauer Morgen-Zeitung findet unter Breslauer Parteiorgan folgende Nachricht:

Brieg, 24. April. (Weibliche Bauarbeiter.) Seit etwa vierzehn Tagen werden auf heiligen Neubauten Galizierinnen als Bauarbeiterinnen beschäftigt. Dieselben erweisen sich als recht geschickt und anständig. Ihre Leistungen sollen nach Meinung der Bauunternehmer durchaus nicht hinter denen der männlichen Arbeiter zurückbleiben, obwohl ihre Lohnforderungen bedeutend mäßiger sind als die der Arbeiter.

Die wenigen Sätze sprechen Bände. Mit nachahmenswerter Offenheit wird es hier ausgesprochen, daß man darauf rechnen darf, daß ihre Lohnforderungen bedeutend mäßiger sind. Was kümmert man sich auch um die schöne Phrase von der „Würde der Frauen“ usw. Hier gilt es Profite einzusacken und da „lösen sich alle Bande frommer Scheu“. Ob die Arbeit dem weiblichen Organismus zuträglich ist, oder ob sie vom ästhetischen und sittlichen Standpunkte aus betrachtet, das Gefühl verletz, das alles kümmert die Unternehmer

Kleines Feuilleton.

Du sollst nicht töten! In der dieswöchentlichen Nummer der „Ehlichen Kultur“ lesen wir: Ohne diese mißfällige Bemerkung druckt die Tagespresse heuer, wie alle Frühjahrjahre, die von den Reg. Verfügungen bezw. Landräten erlassene Verfügung ab des Inhalts: „Zur Steuerung der immer mehr zunehmenden Verheerungen, welche in den Forstplantagen durch die Maitäferlarven angerichtet werden, gestatten wir, daß während der Dauer der Flugzeit der Maitäfer für die Schüler der Ober- und Mittelschulen derjenigen Volksschulen des Bezirks, welche von königlichen Oberforstrevierern eingeschlossen oder denselben benachbart sind, eine Verlegung der Unterrichtszeit eintrete, durch welche die Schüler für die Vormittage von dem Unterricht frei bleiben, um sich bei dem fühlbaren Mangel anderweitiger Arbeitskräfte gegen Entgelt zu dem Einsammeln der Käfer beteiligen zu können. Die Schulverhältnisse seien wir hierdurch mit dem Bemerkten in Kenntnis, daß, falls sie geneigt sind, einem von den zuständigen Rektoren vorgelegten Antrage zu entsprechen, unsererseits dagegen keine Bedenken zu erheben sind.“ Nun, wenn von Regierungseite keine Bedenken zu erheben sind, so hoffen wir, daß möglichst alle Schulverhältnisse, die ja doch von uns wegen ein wenig Pädagogik und Kinderpsychologie kennen mußten, nicht geneigt sein werden, einem solchen Antrage zu entsprechen. Wir wollen hier keine buddhistische Sentimentalität empfehlen, obwohl unser offizielles Christentum von der großartigen Identitätsphilosophie der Indier mancherlei zu lernen hätte. Daß Schädlinge vernichtet werden müssen, ist eine Begleiterscheinung aller Kultur. Aber gegen die Verwendung unserer Jugend in dem kritischsten Alter, wo die Wollust der Grausamkeit und tyrannischen Verzehrens am leichtesten in die junge Seele eindringt, zu solchen Ferkendiensten müssen wir doch sehr entschiedenen Protest einlegen. Da müßt sich nun der naturfreundliche Lehrer seit Jahren, in den ihm anvertrauten Kindern die Achtung vor dem Leben in jeder Gestalt zu wecken, er erlaubt den Begierig aufstrebenden Kleinen an schönen Wilderthaten, wie nach drei- bis vierjähriger lichtloser Maulwurfszeit des Engerlings endlich der schöne Käfer zu kurzem Hochzeitsflug in die Lüfte steigt — und eines schönen Frühlingmorgens, wo ringsum in Pflanzen- und Tierwelt alles zu frischem neuen Leben erwacht, wird seine Schaar vom Kateschismus mit seinem „Du sollst nicht töten!“ abkommandiert, um in zarter Morgenfrühe die wohlbetannten und als „Schornsteinfeger“, „Müller“, zc. liebgewonnenen Käfer von den Bäumen zu schütteln, zu zerstampeln, in Erde zu stoßen, den Schweinen zum Fraße vorzuwerfen oder sie zerquetscht auf den Dunghaufen zu schütten! Das ist keine Arbeit für Kinder — trotz des fühlbaren Mangels anderweitiger Arbeitskräfte! Wer von uns möchte seine Kinder zu dem unappetitlichen Massenmorde hergeben? Aber natürlich: „Volk-

schüler“, „Bauernjungen“ — das ist ja etwas ganz anderes! Wenn auf den Synoden über die zunehmende Verrohung der Jugend“ und über „Unsitlichkeit auf dem Lande“ geklagt wird — hier liegt auch eine der vielverzweigten Wurzeln dieser Geisteskrankheit, die sich freilich sogar dem Auge der geistlichen Herren Schulpfektoren entzieht.

Uberglaube und Presse. Wie stark der Uberglaube in Berlin verbreitet ist, geht schon daraus hervor, daß nach polizeilichen Ermittlungen Tausende ihren Unterhalt durch Kartenlegen, Wahrsagen, Eiden, Weiden und allerlei mystischen Schwindel finden. Manche Wahrsagerinnen haben die „feinste“ Klundschast, die im eigenen Wagen die Wahrsagerinnen aufsucht, die besonders im Osten und Nordosten der Stadt vertreten sind. Das Geschäft bringt soviel ein, daß sich die weissen Frauen nicht nur gut davon ernähren, sondern daß sie auch für Reklame noch viel verausgaben können. Durch Flugblätter und Inzerate suchen sie sich nun gegenseitig den Rang abzulaufen; in einer Nummer einer Zeitung vom Donnerstag befanden sich allein siebzehn Anzeigen, die sich auf die Wahrsagerkunst und ähnliche beziehen. Ganz unbestimmt um ihre Wirkung werden derartige Anzeigen nicht allein von „unparteiischen Blättern“ wie dem Lokal-Anzeiger aufgenommen, bei dem Moral und Sittlichkeit sich ja auf alle Fälle dem Geschäftsprofit unterzuordnen haben, sondern auch von freisinnigen Zeitungen, die sich nicht wenig darauf zu Gute thun, daß sie redaktionell unentwegt für die Verzeihung des Volkes von politischer und geistiger Knechtschaft eintreten.

Auf der Suche nach Andree. Neue Polarfahrten. Wenn auch alle Hoffnung aufgegeben ist, daß die seit drei Jahren verschollenen tollkühnen Ballonfahrer Andree, Strindberg und Fränkel noch am Leben sein könnten, so erwartet man doch, daß durch Funde von Ueberresten des Ballons und seiner Ausstüftung genaue Kunde über das Schicksal dieses verunglückten Unternehmens erlangt werden könnte. Auf Vorschlag der Akademie der Wissenschaften in Schweden hat der König nunmehr, um zu genaueren Forschungen anzuspornen, 1000 Kronen für jeden derartigen Fund ausgesetzt und gleichzeitig den Findern der bisher sicher nachgewiesenen Gegenstände der Andreeschen Expedition, und zwar dem norwegischen Schiffmann, der die Briestaube am 10. Juli 1897 erlegte, dem Isländer, der am 14. Mai 1899 die Schwimmschiffe aufwand, und dem norwegischen Schiffser, der das letzte entscheidende verhängnisvolle Zeichen, die sogenannte Polarboje, am 11. September 1899 heimbrachte, Belohnungen zu teil werden lassen. Nachdem ferner diese Polarboje keinerlei Nachricht enthält, wurde jetzt beschlossen, eine Expedition auszurüsten, um an der Fundstelle auf König Karls-Land nachforschungen über ihren unmittelbaren Inhalt anstellen zu lassen. Im Juni dieses Jahres wird ferner, wie die russische Akademie der Wissenschaften mitteilen läßt, der erfolgreiche Polarforscher Baron Ed. Troll seine längst geplante Nordpolfahrt antreten. Sein Forschungsgebiet ist eine bisher noch ganz unbekannt

Polarzone. Er beabsichtigt in jene noch von niemand besuchte arktische Region vorzudringen, die zwischen dem Kurze der „Fram“ und dem der 1891 untergegangenen „Zealandia“-Expedition liegt. Es soll festgestellt werden, wie weit nach Norden die von dieser Expedition entdeckten Inseln reichen. Die Expedition nimmt Proviant für 120 Tage mit. Für den Fall, daß das Schiff verunglücken sollte, werden die drei Verpflegungstationen, die seiner Zeit Baron Troll für Raufas anlegte, wieder belegt. Es sind sämtliche in Betracht kommenden Forschungsgegenstände bei der Expedition vertreten. Die Akademie hat auf Antrag des Vorsitzenden Großfürst Konstantin 240 000 Rubel gewidmet. Das Schiff ist in Schweden gebaut worden, und zwar von dem Erbauer der „Fram“ Archer. Die Dauer der Expedition wird auf zwei bis zweieinhalb Jahre veranschlagt.

Eine Wasserleitung von 262 Kilometer Länge. Der italienische Minister der öffentlichen Arbeiten, Baraca, hat, wie die Allgemeine Zeitung berichtet, gegen den Plan der apulischen Wasserleitung verfassungsrechtlichen Einspruch erhoben, das zu den größten seiner Art zählt. Es handelt sich darum, die drei apulischen Provinzen Foggia, Bari und Lecce mit Trinkwasser zu versorgen. Dieses Wasser sollen zahlreiche starke Quellen von Capotele am Westabhang des Apennins liefern. Von dort wird es in 12730 Meter langem Tunnel auf die Ostseite des Gebirgsstocks geleitet und läuft dann im Sfantothale bergunter. Beim Monte Soloroje zweigt der für Foggia bestimmte Arm ab, während die Hauptmasse unter Verklärung von Melfi, Venosa und Spinazzola die Provinz Bari durchzieht und endlich nach Lecce weiter geht. Die Hauptleitung ist 262 Kilometer lang. Wahrscheinlich für die Berechnung des Wasserbedarfes war eine für das Jahr 1911 angenommene Einwohnerzahl. In Foggia, Bari und Varieta entfallen täglich auf jeden Bewohner 200 Liter, in Lecce 150, in den kleinen Städten und Gemeinden 100.75 oder 50. Ungerechnet die Kosten des Ausbaues der Drainsoll die ganze Anlage eine Summe von 163 Millionen Lire erfordern.

Weiteres aus der Schule. Aus der Schulpraxis veröffentlicht die Straßburger Post folgende Bitten unfreiwilligen kindlichen Humors: Ein Auffas, in dem eine kurz vorher stattgehabte Feuersbrunst beschrieben werden sollte, begann folgendermaßen: „Vor einigen Tagen lag ich ruhig zu Hause. Ich war in Gedanken vertieft und dachte an gar nichts.“ Der Schreiber schrieb wahrscheinlich die volle Wahrheit. Ein anderer berichtete von den alten Deutschen: „Wenn sie nicht auf die Jagd oder in den Krieg zogen, verbrachten sie die Zeit mit Spielen, Trinken und Rauchen.“ Die ganze Klasse lachte, und der Schüler war sehr beschämt, als er hörte, daß die alten Deutschen überhaupt nicht geracht hätten. Auf die Frage, warum sie wohl nicht rauchten, antwortete er: „Weil der Tabak damals noch zu teuer war.“

der Malergehilfenfrau Staudinger ehebrecherischen Umgang hatte, daß das „Weichkind“ schließlich zweimal in andere Umstände kam und er, der Seelsofger, dem lieben „Weichkind“ einmal die Verheiratung abtrieb, daß Natili Vater eines im Jahre 1888 geborenen Mädchens ist, sich aber der Alimentationspflicht entzog, daß Natili nützlicher Weise im Hemde und nur mit Unterhosen angethan vor seinem Schwesterlein herumspazierte, bei der einen oder anderen Schwester „Untersuchungen“ vornahm und dadurch oft die Eifersucht seiner Schwestern in Christo erregte, das alles dürfte aus erster Instanz noch bekannt sein. Neue Belastungsmomente konnten in der Berufungsinstanz nicht mehr beigebracht werden.

Natili stellte es am Sonnabend entschieden in Abrede, daß er mit der Staudinger geschlechtlich verkehrt habe. Das könne er ebenso beschwören, wie die Staudinger das Gegenteil. Er habe an der Staudinger nur Untersuchungen vorgenommen, nicht um einer geschlechtlichen Erregung zu folgen, sondern in — ärztlichen Interessen. Privatier Thoma bekundet, daß er einmal Natili an der Oberin Monika habe hängen sehen; letztere habe um Hilfe gerufen mit den Worten: „Jesse, Maria und Joseph, der beschlagt mich, jetzt mücht er mich fort haben, weil er mich ruiniert und die Schwester Hildegard lieber hat als mich.“ Daß die Oberin zwei Kinder von Natili hat, davon weiß Zeuge nichts. Die Oberin habe ihm einmal gesagt: Der Lump (Natili) braucht Erschießen, ich (nämlich die Oberin) glaube schon lange nichts mehr, weil die geistlichen Herren so schlecht sind. Zeuge weiß ferner, daß Natili einmal die Schwester Petra umarmt und geküßt hat. Kommissar Pfreindler hat nach der schöffengerichtlichen Verhandlung im Auftrage seiner vorgesetzten Stelle noch Recherchen pflegen müssen und dabei erfahren, daß Natili seine Schwestern oft mißhandelt, daß er ihnen in die Nasenlöcher und den Mund gegriffen hat. Die Schwester Hundseder habe zu ihm gesagt, Natili habe eine jede gebraucht. Natili habe oft seinen Schwestern im Hemde das Brevier gelesen. Die Schwester Hilaria habe die Weicherei bei Natili als Schweinerei bezeichnet. Die übrigen Zeugenangaben förderten nichts Neues zu tage. Das Plaidoyer des Vertreters des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Leo Kitzinger I, war gerabezu vernichtend für den „Priester“ Natili. Das nach fast 16 stündiger Verhandlung Sonntag morgens halb 1 Uhr gefällte Urteil lautet auf Verwerfung der beiderseitigen Berufung. Natili hatte Berufung eingelegt, weil gegen Gerard auf keine höhere Strafe erkannt worden war.

Wie vom fürstbischöflichen Ordinariat aus Salzburg amtlich gemeldet wird, haben die von Dr. Natili in Salzburg „gegründeten“ St. Josephschwwestern für ambulante Krankenpflege ihre Ordenskleidung und den Namen abgelegt.

Vermischte Nachrichten.

Zum Mord in Konig. Wie bereits gemeldet wurde, ist ein Preis von 20 000 Mark auf die Ermittlung des Mörders des jungen Winter ausgesetzt worden. Die Staatsanwaltschaft erklärt in ihrer Bekanntmachung, daß diejenige Person, durch deren Thätigkeit vorzugsweise der Ermittlung des oder der Mörder gelingt, diese 20 000 Mark ungeteilt erhält. Die übrigen der Staatsanwaltschaft noch zur Verfügung stehenden 6700 Mark sind für die Personen bestimmt, durch deren Angaben zur Aufklärung des Verbrechens und zur Ergreifung der Mörder beigetragen wird, insbesondere auch für diejenigen, die Kleidungsstücke oder noch fehlende Leichenteile auffinden. Die Bekanntmachung des Staatsanwalts erhält weiter Angaben über die Kleidung, die der ermordete Ernst Winter am Tage seines Verschwindens getragen hat, und bringt ferner die Nachbildung des Monogramms (A) des an der Fundstelle des Kopfes aufgefundenen Taschentuches, aus dessen Eigentümern dem „Graub. Gefelligen“ zufolge ein Gerichtsassessor aus Danzig genannt wird, der vor Jahresfrist hier amtlich thätig gewesen ist. Zu der Nachricht, daß in der Stadt Meue der linke Arm des Winter aufgefunden worden sei, bemerkt das genannte Blatt: Auf unsere telegraphische Anfrage in Meue teilt uns der dortige Herr Bürgermeister mit, daß der gefundene Arm nicht vom

ermordeten Winter, sondern von einer alten Leiche sei. Denselben Blatt wird aus Schneidemühl gemeldet: Der Bahndiener Beckmann fand ein blutgetränktes, E. W. gezeichnetes Mannshemd unweit der Berliner Bahnstrecke. Die Polizeiverwaltung sandte den Fund nach Konig. — Die antisemitischen Unruhen dauern inzwischen fort: in Jastrow, in Schönbeck und in anderen Orten sind neuerdings Fenster und Schaufenster eingeworfen worden.

Ueber den Brückeneinsturz auf der Pariser Weltausstellung werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Vom Marsfeld führte über die Avenue de Suffren hinweg eine hölzerne mit Gips bekleidete Fußgängerbrücke zum Himmelstempel-Panorama, das dort, groß und rund mit bunten Figuren bemalt, sich erhebt. Der Globus gehörte einer Privatgesellschaft, er ist noch nicht eröffnet, General-Kommissar Picard hatte Sonntag morgen die Brücke inspiziert und erklärte, er verbiete ihre Benutzung, da sie ihm nicht sicher genug erschien. Die Brücke war am Sonntag auch gesperrt; unbegreiflicherweise hatte man jedoch nicht die Passage der unterhalb der Brücke über den Quai d'Orsay hinüberführenden Brücke verboten. Sonntag nachmittag um 4 Uhr 5 Min. brach plötzlich die Brücke zusammen. Niemand befand sich auf ihr, aber sehr zahlreiche Passanten befanden sich gerade unter ihr. Ein furchtbares Geschrei ertönte; man sah zuerst nur eine Staubwolke und sah die Menge, die sich dicht bei der Brücke befunden hatte, erschreckt auseinanderstieben. Dann eilte man von allen Seiten herbei, und es entstand ein Moment der furchtbaren Verwirrung. Bald bemerkte man unter den Trümmern Tote und Verwundete. Man hob zuerst ein totes kleines Mädchen auf, das nicht gleich rekonozziert werden konnte. 4 Tote und 40 Verwundete wurden innerhalb der ersten zehn Minuten zwischen den Trümmern aufgefunden. Die Brücke war mit Cement gedeckt; die Schwere dieser Cementlast hatte die Katastrophe verursacht. Nach den letzten Meldungen betrug die Zahl der Toten neun und die der schwer Verwundeten ebenfalls neun. — Dem Figaro zufolge wurden zwei Tage vor der Katastrophe deutliche Senkungen wahrgenommen. Der Erbauer der Brücke ordnete darauf Stützungsarbeiten an, die, wie es scheint, nicht ausgeführt wurden. — Ein neuer Unfall hat sich am Montag auf der Pariser Weltausstellung ereignet. Infolge Zusammenbruchs eines Gerüsts in der Maschinenhalle wurden zwei Arbeiter getötet und zwei verletzt. Im Auftrage des Präsidenten Loubet besuchte am Dienstag ein Ordonomasoffizier die bei dem Brückeneinsturz in der Weltausstellung Verletzten und verteilte Hilfsgebeln an dieselben. — Infolge einer Aufforderung des Polizeipräsidenten Lépine ordnete der Generalkommissar der Ausstellung Picard an, daß mehrere den Anforderungen an die Sicherheit nicht genügende Schausstellungen in der Ausstellung zu schließen seien.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Freitag, 4. Mai:
Männer-Turnverein „Frei auf“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.
Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmsbad. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark“.
Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Schürich, Moldenstraße 26.
Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.
Musikalischer Vergnügungsverein „Lyra“, Magdeburg-Neustadt. Jeden Freitag Übungsabend im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2.
Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Wadeanstalt, Breitenweg 31, Übungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.
Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berbster Vierhülle“, Schöningerstraße 28.
Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.
Mundharmonika-Verein Concordia, Alte Neustadt. Jeden Mittwoch und Freitag Übungsstunde im Schoppen, Roggengasse 73.
Arbeiter-Stenographen-Verein, Bezirk Budau. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Bethge, Thiemstraße.
Arbeiter-Turnverein Dömitz. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei A. Schinke.
Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei A. Müller in Klein-Ottersleben.

Männer-Turnverein Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Goldenen Stern“.
Athleten-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.
Freie Turner Bismarck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.
Klein-Ottersleben. Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde beim Gastwirt A. Müller.
Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hermann Hildebrandt (Gasthof zum weißen Roß).
Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weißen Roß“ (Fuh. Hildebrandt).
Niederbodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.
Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger“.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 18,00—21,00. Speisebohnen (weiße) 17,00—36,00. Linen 20,00—42,00. Espartero 4,50—5,00. Nichtstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. h 5,50—6,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandl. 0,90—1,04, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,3 Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1, bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Schmalz 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,60—3,20. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.	
Fier, Eger, Moldau.	
Ort	Stand
Zungblanzau	30. April + 0,26
Laun	+ 0,61
Dubowiz	+ 0,41
Prag	+ 1,18
Innsbruck und Saale.	
Etrausfurt	1. Mai + 1,35
Troisja	+ 2,14
Wiesleben	+ 2,04
Bernburg	+ 1,63
Salze, Oberpegel	+ 1,66
do. Unterpeg.	+ 1,28
Maine.	
Deffau	1. Mai + 1,18
Muldebrücke	
Elbe.	
Barndubitz	30. April + 0,80
Brandeis	+ 1,48
Meinitz	+ 1,27
Leimnitz	+ 1,05
Auhig	1. Mai + 1,60
Dresden	+ 0,21
Torgau	+ 2,78
Wittenberg	+ 3,38
Rosklow	+ 3,17
Barby	+ 3,41
Schönebeck	+ 3,19
Magdeburg	+ 2,76
Tangermünde	1. „ + 3,02
Wittenberge	+ 3,88
Dömitz, Pegel	—
Sauenburg	+ 3,88
Havel.	
Brandenburg	30. April + 2,53
do. Oberpegel	+ 2,30
Rathenow	„ + 2,30
do. Oberpegel	+ 1,80
do. Unterpegel	+ 3,91
Habelberg	„ + 3,91
Oder.	
Koßel	30. April + 1,07
Wrieg Oberpegel	+ 4,74
do. Unterpegel	+ 2,62
Breslau Oberpeg.	+ 5,16
do. Unterpegel	+ 0,28
Frankfurt	+ 2,66
Küstzin	+ 2,54
Warthe.	
Posen	30. April + 1,54
Küstrin	28. „ + 2,32
Weichsel.	
Thorn	28. April + 2,28
Uß	27. April + 0,76

Weshalb wird der Umsatz in

Colomba

Margarine von Woche zu Woche größer?
Weil erwiesen ist, daß Colomba der beste
Naturbutter-Ersatz ist, den es giebt.
à Pfund 75 Pfg. überall käuflich. 1197

Wilhelmsbad.

Brausebäder.
Wannenbäder.
Sonntags 7 1/2 Uhr:
Schwimmbad mit Brausen
10 Wienig.

Standesamt.
Magdeburg, 1. Mai.
Aufgehört: Konditor Heinrich Christ, Wilhelm Bernstorff in Walbeck mit Friederike

Thella Heyer in Bernburg. Schlosser Heinrich Fischer in Hlmsburg mit Bertha Mühlporie in Budau. Postassistent Friedr. Wilhelm Kehler mit Helene Luise Ida Braun in Köthen. Kaufmann Friedrich August Ernst Volkstedt hier mit Ella Klara Minna Theresie Adolfine Kruse in Wittfod Geschäftsführer Jidori Neumann mit Jenny Eisenstadt hier. Schlosser Hermann Herbst in Budau mit Bertha Fesse hier. Porzellanmaler Otto Rohde hier mit Dittlie Siegmann in Sudenburg. Hausknecht Reinhold Schimpf mit Anna Mirre hier. Fleischermeister Georg Friedr. Friede mit Wilhelmine Dorothie Auguste Sturz geborne Friederichs in Pedaau. Eheschließungen: Wagenj. Hermann Altbach mit Marie Krieg hier. Serg. im Fußart.-Regt. Nr. 4 Selma Köppel mit Emma Neilmann hier. Feilenhauer Victor noch mit Marie Flucke hier.

Geburten: Helene, E. des Töpfers Fritz Ruch. Paul, E. des Kellers Karl Seidel. Liesbeth, E. des Schneid. Otto Apel. Wilhelm, E. des Aufsehers Wilt. Schulze. Martha, E. des Arbeiters Karl Schneider. Grethe und Hans, Zwillingkinder des Schuhmanns Matthäus Tiedens. Konrad, E. des Drechslers Konrad Bender. Rudolf, E. des Telegraphenassistenten Hermann Mag. Rosa, E. des Schiffers Franz Thurnau. Bernhaid, E. des Handelsmanns Isaac Bornmann. Elisabeth, E. des Sattl. Karl Jäschke. Ernst, E. des Schornsteinfegermeisters Max Hüneburg. Margarete, E. des Trompet. im Feld-Art.-Reg. Nr. 4 Franz König.

Todesfälle: Margarete Baute, unverehelicht, 19 J. 11 M. 1 T. Marie geb. Müdiger, Ehefrau des Drehorgelspiel. Ernst Haase, 32 J. 3 M. 2 T. Wilhelm Thieme, Arbeiter, 57 J. 6 M. Franziska Kind, unverehel., 2 M. 29 T. Henriette geb. Fecht, Ehefrau des Bahnbeamten Friedrich Stramer in Niederbodeleben. 55 J. 11 M. 24 T. Frieda Wenning, unverehelicht, aus Berlin, 22 J. 10 M. 22 T. Agnes Grube, unverehelicht, 16 J. 2 M. Alwine geb. Borstel, Ehefrau des Kellermeisters Wilt. Gaulte, 47 J. 8 M. 23 T. Erna, E. des Schmieds Friedrich Thierack, 3 M. 19 T.

Bom 2. Mai.
Aufgehört: Kaufm. Fritz Fischer mit Mathilde Hoppe hier. Arbeiter Stanislaus Kubadi mit Antonie Günther in Westerb. hafen. Bahnarzt Ferd. Heine. Hugo Matz hier mit Tony Wilhelmine Sophie Erna Feld in Rostock. Bandagist Martin Voite mit Wilhelmine Bothe hier.
Eheschließungen: Hausb. Gustav Matthes mit Emma Meier hier. Wiefen. baumeister Jakob Witt in Hirschberg mit

Anna Harenberg hier. Maschinenflosser Ed. Hornung mit Witwe Luise Wefeburg geb. Büsch hier. Arb. Gustav Timpe mit Elise Foelich hier. Maschinenflosser Fritz Bruder mit Anna Woldt hier.
Geburten: Albert, E. des Kalkulat. Beamten Heinrich Manger. Elisabeth, E. des Lehrers Robert Weidung. Gertha, E. des Sergeant-Pornisten Wilhelm Braun. Wolfgang, E. des Arb. Nikolaus Diegel. Frieda, E. des Tapez. Jof. Scholz. Fritz, E. des Boten Karl Werner. Anna und Emma, Zwillingkinder des Zimmermanns Friedrich Wille. Gertha, E. des Postkassirr. Emil Linde. Käthe, E. des Geschäftsführ. Max Trupke.

Todesfälle: Rob. Dorn, Arb. 38 J. 10 M. 9 T. Karl, E. des Arbeiters Karl Hesse, 1 J. 4 M. Walter, E. des Töpfers Gustav Eitenstein, 10 M. 20 T. Käthe, E. des Arb. Hermann Sent, 4 M. 3 T. Hermann Ehler, Arb., 50 J. 1 M. 27 T. Fritz, unehelich, 4 M. 2 T. Gertrud, E. des Schneiders Herm. Reichert, 4 J. 5 M. 15 T. Josef Wydra, Schneider, 39 J. 5 M. 4 T.

Sudenburg, 1. Mai.
Aufgehört: Schlosser Wilt. Nordt in Fernersleben mit Marianne Grzes hier.
Eheschließungen: Modelldreher Borarb. Friedrich Roth mit Alma Schmidt hier. Harmonikamacher Herm. Klara mit Marie Dödenburg hier.
Geburten: Käthe, E. des Lehrers Fritz Weber. Arthur, E. des Pächters Wendert. Rosa, E. des Arb. Karl Koch.
Todesfälle: Witwe Luise Schroeder geb. Kremming, 44 J. 6 M. 25 T.

Bom 2. Mai.
Geburten: Martha, E. des Fuhrherrn Karl Brodthuhn. Frieda, E. des

Arbeiters Friedrich Heinemann. Helene, E. des Restaurateurs Friedr. Krufe. Todesfälle: Lackierer Ad. Haendel 44 J. 7 M. 24 T. Gerh. S. des Friseur Walter Peters, 1 J. 2 M. 29 T. Gerh. S. des Formers Albert Wille, 1 6 J.

Budau, 2. Mai.
Eheschließungen: Comptoirist Friedrich Gustav Karl Edel mit Luise Darnid hier. Geburten: Wilt. S. des Arbeiters Friedrich Wierzewski. Wally, S. des Eisenbrechers Karl Lindner. Todesfälle: Max, E. des Schl. Franz Niederlehner, 8 T. Privatm. Albert Ludwig, 67 J. 1 T.

Neustadt, 1. Mai.
Aufgehört: Arb. Friedr. Wilt. Hermann mit Sophie Friederike Biermann hier. Eheschließungen: Gelbgießer Gerh. S. des Friseur Arthur Emil Müller mit Elisabeth Gese hier. Geburten: Gertrud, E. des Privatm. Otto Bahm. Gertrud, E. des Landw. Gustav Schaafe. Todesfälle: Grethe, E. des Heilz. Emil Bode, 2 M. 11 T.

Bom 2. Mai.
Aufgehört: Schlosser Adolf P. Karl Medefindt mit Sophie Emilie P. Arbeiter Rob. Gustav Adolf Ginsch Emilie Klara Michaelis. Eheschließungen: Kernmacher Gerh. S. des Friseur Arthur mit Anna Wille. Arbeiter J. Richard Schuchmann mit Luise Lüdemann. Todesfälle: Marie, geb. Gallma, Ehefrau des Maurers Karl Schüler, 40 J. 9 M. 19 T. Totgeburt: Ein Sohn des Arbeiters Gustav Thiele.